

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

DIE WELTWIRTSCHAFT
MITTE 1950

Jag 354 WELT-
WIRTSCHAFT
KIEL 24. 8. 50.

Kiel
Juli 1950

V o r b e m e r k u n g e n

Das Institut für Weltwirtschaft legt hiermit zum ersten Mal nach dem Kriege eine Analyse der Weltwirtschaftslage vor, wie sie sich aus den zur Jahresmitte 1950 verfügbaren Unterlagen ergibt. Im Vordergrund stehen dabei neben den großen Weltwarenmärkten vor allem die USA und die westeuropäischen Nachbarländer Deutschlands, die für die gegenwärtige konjunkturelle Situation von besonderem Interesse sind. Die anderen überseeischen Länder wurden berücksichtigt, soweit dies engere Zusammenhänge mit den vorgenannten Ländern geboten erscheinen ließen. Insbesondere erwies es sich als zweckmäßig, die wichtigsten überseeischen Sterlingländer und die Nachbarländer der USA in den Kreis der Untersuchung mit einzubeziehen. Angesichts des Mangels an ausreichenden Unterlagen wurden die Ostblockländer außer acht gelassen. Bei ihrem verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Einfluß auf die gegenwärtige konjunkturelle Situation wurde dies für erträglich gehalten. Dies gilt auch für eine Reihe anderer weltwirtschaftlich weniger bedeutsamer Länder. Ihre Berücksichtigung bleibt einer späteren Beurteilung der weltwirtschaftlichen Lage vorbehalten.

Die konjunkturelle Situation Westdeutschlands ist Gegenstand laufender Untersuchungen durch andere Institute und Organisationen. Daher wurde es nicht für notwendig erachtet, den laufend publizierten Diagnosen der westdeutschen Konjunktur eine weitere hinzuzufügen. Vielmehr besteht bei der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung Westdeutschlands an einer intensiveren Beobachtung der Auslandskonjunktur ein großes Interesse, in deren Ausbau das Institut für Weltwirtschaft seine besondere Aufgabe erblickt.

Berichte über die Lage der Weltwirtschaft in der vorliegenden Form werden künftig halbjährlich erscheinen. Ihre Ergänzung durch weitere Länderübersichten und internationale Querschnitte für einzelne Sachgebiete ist vorgesehen.

Ü b e r b l i c k

Ein hoher Kaufkraftüberhang, während des Kriegs angehäufte große Rohstoffvorräte in den überseeischen Rohstoffländern sowie ein umfangreicher Nachholbedarf auf allen Gebieten kennzeichneten die weltwirtschaftliche Lage in den ersten Nachkriegsjahren. Unter den tragenden Elementen des nach dem Kriege einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs waren diese drei von grundlegender Bedeutung. Insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg der Entwicklung nach dem letzten Kriege ähnlich. Während aber nach dem ersten Weltkrieg die Auftriebskräfte sehr bald wieder erlahmten und der stürmische Wirtschaftsaufstieg durch eine tiefgreifende Depression abgelöst wurde, ist die immer wieder vorhergesagte große Wirtschaftskrise nach diesem Kriege bisher nicht eingetreten. Der Konjunkturrückgang in den USA im vergangenen Jahr wies zwar gewisse Krisenmerkmale auf. Im großen und ganzen führte er aber die überstürzte wirtschaftliche Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre nur auf ein normales Maß zurück.

Dieses Ausbleiben von Krisenerscheinungen gleichen Umfangs wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen muß offenbar neben anderen Faktoren großenteils auf die in den großen wirtschaftlichen Kraftzentren der Welt - USA und Großbritannien - , aber auch in einer Reihe weltwirtschaftlich weniger bedeutsamer Länder zunehmend verfeinerte aktive Konjunkturpolitik zurückgeführt werden. Durch den Einsatz von Staatsinvestitionen bei unzureichender privater Investitionstätigkeit und fehlenden weiteren Auftriebskräften, durch Anregung der Geld- und Kredit-schöpfung sowie andere expansive Maßnahmen gelang es bisher, eine konjunkturelle Schrumpfung in dem befürchteten Ausmaß zu verhindern.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß in den U S A auch nach Abklingen der Nachholkonjunktur starke Kräfte auf weitere Stabilisierung drängten. Das hier zunächst erreichte hohe Produktionsniveau erhielt sich weitgehend durch sich

selbst. Das umfangreiche Investitionsvolumen führte nicht zu einer automatischen Sättigung. Durch technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritt wurden vielmehr immer wieder neue Investitionen angeregt. Das Produktionsniveau wurde durch einen Massenwohlstand gestützt, in den immer weitere bisher benachteiligte Bevölkerungsschichten und Gebiete hineinwuchsen. Die davon ausgehenden stabilisierenden Wirkungen wurden verstärkt durch die amerikanische Agrarpolitik und die mit ihr verbundenen umfangreichen Preisstützungsaktionen, die das stabile Farmereinkommen zu einer wichtigen Konjunkturstütze machten.

Zu diesen Maßnahmen ist nun eine bewußt auf Expansion abzielende Vollbeschäftigungspolitik und neuerdings noch die verstärkte Rüstung hinzugetreten. Der Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft seit Mitte vorigen Jahres hat darum die Merkmale eines ausgesprochenen "boom" angenommen. Produktion und Lagerhaltung, Verbrauch und Investitionen nehmen in schnellem Tempo weiter zu. Das Ausmaß der dadurch ausgelösten Inflation bleibt trotz der Intensität, mit der die wirtschaftlichen Eigenkräfte auf weitere Expansion drängen, bisher in kontrollierbaren Grenzen. Offenbar kann darin eine der stärksten Garantien für den weiteren Aufschwung in den nächsten Monaten erblickt werden.

Obwohl die Außenwirtschaft für die USA - statistisch gesehen - nur eine untergeordnete Rolle spielt, gehen von ihr dennoch entscheidende Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der übrigen Welt aus. Für die überseeischen Länder sind die USA als Rohstoffkonsument, für die europäischen Industrieländer als Abnehmer hochwertiger Fertigwaren und für beide als Lieferant wichtiger in der ganzen übrigen Welt nicht ausreichend erhältlichlicher "Dollar-Rohstoffe" sowie als Kapitalgeber wichtigste Stütze der konjunkturellen Entwicklung. Zugleich bestimmen die USA durch ihr Gewicht als Produzent und als Konsument die Preisentwicklung auf den meisten Weltwarenmärkten.

Dabei ist unter westdeutschem Aspekt vor allem die von den USA beeinflusste konjunkturelle Situation in Großbritannien und dem von ihm abhängigen überseeischen Sterlinggebiet sowie in den anderen westeuropäischen Ländern von Interesse. Sie sei in ihren Grundzügen nachstehend zusammengefaßt. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten sowie hinsichtlich der übrigen Länder und der Weltwarenmärkte wird auf die Einzelberichte verwiesen.

Trotz aller Bemühungen, sich aus dem durch die USA weitgehend bestimmten weltwirtschaftlichen Auf und Ab herauszuhalten, ist die wirtschaftliche Entwicklung in G r o ß b r i - t a n n i e n gegenwärtig überwiegend von weltwirtschaftlichen Faktoren abhängig. Vor allem darum konnte es in der günstigen Nachkriegsphase der Weltkonjunktur seine im Kriege erreichte Vollbeschäftigung aufrechterhalten, zeitweise allerdings nicht ohne empfindliche außenwirtschaftliche Spannungen, die nur durch ständige Kapitaleinfuhr aus den USA überwunden wurden und die sich bei dem vorzeitigen Versuch im Jahre 1947, die freie Konvertibilität des Pfunds Sterling wiederherzustellen, vor allem aber in der durch den Konjunkturrückgang in den USA im vergangenen Jahr eingeleiteten leicht depressiven Phase der Weltwirtschaft bereits sehr stark bemerkbar machten.

Die bis zu einem gewissen Grade an der Entwicklung seiner Gold- und Dollarreserve ablesbare "Konjunktur" Großbritanniens zeigt auf Grund der in den letzten Monaten wirksamen außenwirtschaftlichen Momente nunmehr einen günstigen Verlauf. Die seit der Abwertung immer mehr fühlbar gewordene Verschlechterung seiner außenwirtschaftlichen Preisrelationen ist zwar geeignet, die ohnehin sehr labile innere finanzielle Stabilität erneut zu stören, dennoch muß dies offenbar zugunsten der Anreicherung des Gold- und Dollarpolsters, das auch in einer neuen depressiven Phase der Weltwirtschaft die Vollbeschäftigung sichern würde, in Kauf genommen werden. Dabei überwiegen die günstigen außenwirtschaftlichen Faktoren in der konjunkturellen Situation Großbritanniens im Augenblick so stark, daß das konjunkturpolitische Mittel des Haushaltsdefizits nicht in Anspruch genommen werden mußte und eine geringe Senkung der Investitionsrate sowie

leichte Forcierung des Verbrauchs möglich war, ohne Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzgleichgewicht zu gefährden. Für die nächsten Monate wird eine Fortsetzung dieses günstigen Konjunkturverlaufs für wahrscheinlich gehalten. Auf längere Sicht könnten sich jedoch aus der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt, höheren Kosten und entsprechend weniger konkurrenzfähigen Exportpreisen sowie aus der gegenwärtig rückläufigen Kapitalbildung und der zu erwartenden stärkeren Haushaltsbelastung durch Rüstungsmaßnahmen nachteilige Konsequenzen ergeben.

Die im ganzen als günstig zu bezeichnende gegenwärtige konjunkturelle Situation Großbritanniens ist nicht zuletzt ein Ergebnis seiner starken Verflechtung mit den ü b e r s e e i - s c h e n S t e r l i n g l ä n d e r n . Ihre wirtschaftliche Entwicklung erhielt in den letzten Monaten durch zunehmende Exporte vor allem nach dem Dollarraum ihre stärksten Impulse. Eingeleitet wurde die Exportkonjunktur dieser Länder durch die Sterlingabwertung, die allerdings weit über das für eine Forcierung des Rohstoffabsatzes notwendige Ausmaß hinausging und der die Sterlingpreise für die wichtigsten Rohstoffe des Sterlinggebiets durch eine kräftige Aufwärtsentwicklung begegneten. Die stürmische Zunahme der Nachfrage führte schließlich zu einem Anstieg der Sterlingpreise, der zum Teil über die Abwertungsmarge hinausging.

Zugleich wirkte die laufende Kapitalausfuhr aus Großbritannien und in schwächerem Maße auch aus den USA nach den Sterlingländern als konjunkturtragender Faktor. Die Kapitalausfuhr aus Großbritannien stellte bis zu einem gewissen Grade das Zahlungsbilanzmäßige Gegengewicht der Kapitaleinfuhr Großbritanniens aus den USA dar. Indirekt wurde also auch in dieser Hinsicht die Wirtschaftskonjunktur der überseeischen Sterlingländer durch die USA bestimmt.

Neben diesen beiden wichtigsten Faktoren spielten natürlich in den letzten Monaten auch von den USA weniger abhängige Erscheinungen im Wirtschaftsablauf dieser Länder eine Rolle. So war I n d i e n s Entwicklung durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit immer noch stark gehemmt. Der Wirtschaftsaufbau

in der S ü d a f r i k a n i s c h e n U n i o n bedarf infolge Zurückbleibens der Goldgewinnung hinter den Erwartungen und fehlgeschlagener Hoffnungen auf eine Erhöhung des Goldpreises einer größeren ausländischen Kapitalinjektion als bisher. Die in A u s t r a l i e n als relativ risikolos angesehenen Kapitalanlagemöglichkeiten haben eine übersteigerte Kapitaleinfuhr mit unerwünscht starken inflatorischen Wirkungen ausgelöst. Ausgesprochen günstigen Absatzmöglichkeiten der A f r i k a n i s c h e n K o l o n i a l g e b i e t e stehen durch die politische Entwicklung noch verschärfte wirtschaftliche Schwierigkeiten in den s ü d o s t a s i a t i s c h e n Kolonialgebieten gegenüber. Vorerst hat der Korea-Konflikt verstärkte Vorratskäufe auch für Rohstoffe dieses Raums nach sich gezogen, wodurch die nachteiligen wirtschaftlichen Folgen der politischen Entwicklung in Südostasien wenigstens zum Teil kompensiert werden.

Bei aller Würdigung der nationalen Unterschiede der Wirtschaftspolitik in den k o n t i n e n t a l e u r o p ä i s c h e n L ä n d e r n (ohne Ostblock) spielen offenbar für den konjunkturellen Verlauf verschiedene wirtschaftspolitische Auffassungen von der Dringlichkeit der Vollbeschäftigung eine besonders große Rolle. Während die eine Ländergruppe das Ziel der Vollbeschäftigung stabilen Verhältnissen unterordnete und damit in den letzten Monaten die bisher deflationistische Wirtschaftspolitik nur zögernd aufgab, waren die anderen Länder unverändert bemüht, ihre Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, selbst wenn sich daraus nachteilige Konsequenzen für Außenwirtschaft und innere finanzielle Stabilität ergaben. Das gelang bisher im Falle Großbritanniens - wie bereits erwähnt - nicht zuletzt auf Grund großzügiger Ausweichmöglichkeiten auf das überseeische Sterlinggebiet.

In Kontinentaleuropa, wo es an solchen Ausweichmöglichkeiten fehlt, war die Vollbeschäftigung bei dem bisherigen Niveau des Lebensstandards in den letzten Jahren nur auf der Basis der Kapitaleinfuhr aus den USA möglich. Daß der Versuch dieser Länder, sich aus den weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen heraus-

zuhalten, sich also nur unter Zuhilfenahme einseitiger Zuschüsse der westlichen Hemisphäre als durchführbar erwies, muß als ein besonders auffallendes Merkmal der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftssituation angesehen werden. Die autonome Vollbeschäftigungspolitik dieser Länder stieß allerdings seit geraumer Zeit auf die Grenzen, die angesichts des verhältnismäßig kleinen geographischen und wirtschaftlichen Bereichs von vornherein gesteckt waren und die eine Anlehnung an größere Wirtschaftseinheiten (Großbritannien, Westdeutschland) und die Beteiligung an der geplanten europäischen Wirtschaftsunion für die meisten europäischen Länder nahelegten.

Dennoch war ihre Vollbeschäftigungspolitik bis in die letzte Zeit erfolgreich, aber größtenteils von wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit inflationistischer Wirkung abhängig. Freilich hat außerdem eine Reihe anderer Erscheinungen die konjunkturelle Entwicklung in den letzten Monaten fühlbar beeinflusst. So hat sich die Liberalisierung des europäischen Außenhandels auf die Konjunktur in den **N i e d e r l a n d e n** besonders stark ausgewirkt, dennoch aber einen Verzicht auf deficit-spending der öffentlichen Hand bisher nicht zugelassen. In **D ä n e m a r k** war es hingegen trotz Haushaltsüberschuß und laufender Geldstillegung auf den Gegenwartfonds bisher nicht möglich, den Druck der Vollbeschäftigung auf die Zahlungsbilanz in ausreichendem Maße zu vermindern. Während **N o r w e g e n** nur durch weitgehenden Verzicht auf bisherige Subventionsmaßnahmen der veränderten Wirtschaftssituation glaubte gerecht werden zu können, gelang es in den letzten Monaten in **S c h w e d e n** bei günstiger Exportkonjunktur, die Vollbeschäftigung ohne Anspannung der Zahlungsbilanz aufrechtzuerhalten. In all diesen Ländern bestand bisher die Gefahr, daß sich mit zunehmend steigender Tendenz der Einfuhrpreise und sich zwangsläufig ergebender Anpassung der Löhne an die erhöhten Lebenshaltungskosten bei Fortsetzung der bisherigen Politik erneut ein Druck auf die Zahlungsbilanz ergeben würde, dem bei unzureichender Kapitaleinfuhr depressive Wirkungen auf die Beschäftigungslage gefolgt wären. Angesichts

der nunmehr zu erwartenden Exportkonjunktur wird die bisher verfolgte konjunkturpolitische Isolierung für diese Länder weniger dringlich. Es kann damit gerechnet werden, daß die weitere Expansion in diesen Ländern ohne jene nachteiligen Wirkungen in weitgehender Anpassung an die weltwirtschaftliche Entwicklung vor sich geht.

Dieser Gruppe von Ländern, die also bisher letztlich auf Grund aktiver konjunkturpolitischer Maßnahmen unter mehr oder weniger starker Belastung der Zahlungsbilanz einen hohen Beschäftigungsstand zu halten vermochten, stehen in Westeuropa die Länder gegenüber, die grundsätzlich stabilen Währungsverhältnissen den wirtschaftspolitischen Vorrang vor ausreichender Beschäftigung geben zu müssen glaubten. Dies hatte unter den gegebenen Verhältnissen zunächst eine Beibehaltung ihrer überwiegend kontraktiven Wirtschaftspolitik und erst in den letzten Monaten eine zögernde Bereitschaft zu expansiven Maßnahmen zur Folge. Fraglos werden bei weiter günstigem Verlauf der amerikanischen Konjunktur in diesen Ländern stärkere Auftriebskräfte ausgelöst werden, denen sich die Konjunkturpolitik anpassen muß. Es wird sehr darauf ankommen, daß diese Auftriebskräfte nicht durch übervorsichtige Währungspolitik vorzeitig erschöpft werden.

Auch in diesen Ländern kann natürlich von einer völlig einheitlichen Grundrichtung keine Rede sein. Dazu sind die Unterschiede in den strukturellen Voraussetzungen zu groß. So wurde in Frankreich, Italien und Österreich von dem bisher deflationistischen Kurs zunächst nur in geringem Maße abgewichen. Diese Wirtschaftspolitik war in F r a n k r e i c h so erfolgreich, daß die freie Konvertibilität des französischen Franken in greifbare Nähe gerückt erscheint. Andererseits wurde nicht zuletzt durch die finanz- und währungspolitischen Maßnahmen der französischen Regierung der weitere Wirtschaftsaufschwung zunächst abgestoppt. Infolge günstiger struktureller Voraussetzungen und starker Ausgleichskräfte hatte dies nur geringen Einfluß auf den Beschäftigungsstand. Indessen birgt die innenpolitische Entwicklung die Gefahr einer Wiedereingangssetzung der Preis-Lohn-Spirale. In

ihrem Umfang noch nicht klar absehbare Rüstungsmaßnahmen werden den Ausgleich des öffentlichen Haushalts erschweren. Das mühsam errungene finanzielle Gleichgewicht ist damit erneut gefährdet. In I t a l i e n wurde zwar ebenfalls die Inflation abgestoppt. Im Gegensatz zu Frankreich war dies jedoch nur bei Inkaufnahme einer sehr großen Arbeitslosigkeit möglich. In Ö s t e r r e i c h entwickelten sich trotz Kreditverknappung und Geldstilllegung Produktion und Außenhandel bei rückläufiger Arbeitslosigkeit weiterhin günstig. Während in B e l g i e n die nur sehr zögernde Anwendung konjunkturanregender Maßnahmen dem sich anbahnenden Aufschwung in viel zu geringem Maße entgegenkam, genügte in der S c h w e i z bereits eine geringe Zunahme der staatlichen Investitionstätigkeit, um den leichten konjunkturellen Rückschlag vom Vorjahr in den letzten Monaten zu kompensieren.

Einzelne Länderberichte

Vereinigte Staaten

Der seit dem Sommer 1949 aufgefangene Konjunkturrückgang in der amerikanischen Wirtschaft ist seit der Jahreswende in einen neuen "boom" eingemündet. Der industrielle Produktionsindex nähert sich bereits wieder dem bisherigen Höchststand vom Jahre 1948. Die Beschäftigtenzahl der Industrie nimmt wieder zu, die durchschnittliche Arbeitswoche beträgt nach Überwindung des Tiefstands von 38 Stunden wieder 40 Stunden. Die industriellen Stundenlöhne sind wieder erhöht worden, während die Lebenshaltungskosten noch auf dem leicht ermäßigten Niveau verharren. Der Verbrauch an elektrischem Strom war im April um 11 v.H. höher als vor einem Jahr. Die Stahlindustrie arbeitet bereits wieder mit 105 v.H. ihrer theoretisch errechneten Kapazität; sie muß die Produktionslücke wettmachen, die die Streikperiode Ende 1949 hinterlassen hat. Der Schrottpreis, der von 43 auf 21 \$ je ton gefallen war, ist wieder auf 36 \$ gestiegen. Autoindustrie und Wohnungsbau, die eigentlich erst während des Konjunkturrückgangs ausreichend Stahl erhielten, erzielen laufend bisher unerreichte Höchstleistungen (Jahresrate der Produktion an Personenkraftwagen im zweiten Vierteljahr 1950: 6 Mill. gegenüber 5,1 Mill. im Jahre 1949; 1929: 4,6 Mill.). Der mit staatlich verbilligtem Kredit geförderte Wohnungsbau wird allerdings durch die gestiegenen Baukosten, die aber bereits wieder über dem Höchststand von 1948 liegen, behindert. Eine besonders günstige Absatzsituation besteht auch immer noch für hochwertige Gebrauchsgüter, wie Kühlschränke und andere Haushaltsmaschinen sowie Fernsehapparate.

Die industrielle Lagerhaltung nimmt in gleichem Maße wie die Produktion zu. Der Auftragseingang bei der Industrie ist noch stärker angeschwollen. Er ist in der Werkzeugmaschinenindustrie gegenwärtig um 20 v.H. größer als im Vorjahr.

Das darin zum Ausdruck kommende Vertrauen der Industrie in die konjunkturelle Entwicklung der nächsten Monate findet seinen Niederschlag auch in der Revidierung der Investitionsvorhaben. Von ihrem Höchststand im letzten Vierteljahr 1948 ging die Investitionstätigkeit im Laufe des Jahres 1949 mit dem Auslaufen begonnener Neubauten und Neuausstattungen zunächst stark zurück. Nach den bei Jahresbeginn angegebenen Vorhaben wäre 1950 in der Industrie mit einem Investitionsvolumen zu rechnen gewesen, das um 20 v.H. hinter dem des Jahres 1949 zurückgeblieben wäre. Bis zum Mai wurden die Vorhaben für den Rest des Jahres so erweitert, daß die Differenz gegenüber dem Vorjahr nur noch 5 v.H. betragen dürfte. Die industriellen Investitionen im zweiten Halbjahr 1950 werden voraussichtlich um 12 v.H. größer als im ersten Halbjahr 1950 sein.

Nach Meinung des Council of Economic Advisers wurde der Aufschwung größtenteils durch Bevölkerungszuwachs, technischen Fortschritt und soziale Kaufkraftverbreiterung getragen. Dennoch glaubte man, daß diese Auftriebskräfte allein nicht ausreichten, um die Arbeitslosigkeit auf dem erforderlichen niedrigen Stand zu halten und den laufenden Zuwachs an neuen Arbeitskräften (jährlich 500 000 aus dem Bevölkerungszuwachs und 300 000 durch Rationalisierung freigesetzte Arbeitskräfte) aufzusaugen.

Der Übergang von der staatlichen Überschußwirtschaft zur Defizitfinanzierung vollzog sich darum bereits im Sommer 1949 ohne nennenswerte Auseinandersetzungen. Zugleich wurde der Konsumtenkredit erheblich forciert. Der Umfang der Teilzahlungskredite dürfte innerhalb eines Jahres um 3 Mrd. \$ steigen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind planmäßige Dividenden auf die Kriegsteilnehmer-Lebensversicherungen in Höhe von 2,8 Mrd. \$ ausbezahlt worden, von denen ein großer Teil schon vorher in Form von Teilzahlungskäufen diskontiert worden war. Die Altersrenten werden voraussichtlich verdoppelt werden.

Hinzu kommt jetzt das umfangreiche Rüstungsprogramm der amerikanischen Regierung, dessen Durchführung ohne einschneidende Wirtschaftsregulierung kaum mehr möglich erscheint. Vor dem

anlaufenden Rüstungsprogramm haben allerdings weit weniger umfangreiche Rüstungsmaßnahmen (einschließlich der Ansammlung von Vorräten an strategisch wichtigen Rohstoffen und militärischer Atlantikhilfe) bereits in gewissem Umfang stabilisierend gewirkt.

Die vorsichtige Haltung der Unternehmer hatte für den Konjunkturverlauf ähnliche ausgleichende Wirkungen. Spekulative Engagements, die sowohl in der Agrarkrise seit 1920 als auch in der Finanz- und Industriekrise seit 1930 eine so entscheidende Rolle spielten, fehlen heute nahezu ganz. In den letzten Jahren hat die Industrie ihre umfangreichen Investitionen fast ausschließlich selbst finanziert. Ebenso verfügte die Landwirtschaft dank der Agrarpreisstützung über ein festes Einkommen und brauchte für die letzte Mechanisierungswelle keine Kredite aufzunehmen. Sodann hat sich inzwischen das Federal Reserve System zu einem der aktionsfähigsten Zentralwährungsinstitute der Welt entwickelt. Es hat während der Hochkonjunktur den spekulativen Börsenkredit, den Konsumentenkredit, insbesondere den Teilzahlungskredit wirksam unter Kontrolle gehalten und seinen Einsatz erst während des Konjunkturrückgangs im vergangenen Jahr in stärkerem Maße ermöglicht.

Dem Verzicht auf spekulative private Kapitalausfuhr kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Bedeutung zu. Die private Kapitalausfuhr der letzten Jahre beschränkte sich fast ganz auf direkte Investitionen, hauptsächlich der nordamerikanischen Erdölkonzerne. Dagegen bestand die Auslandshilfe der USA seit Kriegsende zu 60 v.H. aus unentgeltlichen Leistungen. Soweit sie sich aus Anleihen zusammensetzte, waren mit ihr gleichfalls keine volkswirtschaftlichen Spannungen verbunden.

Ausfuhr und Ausfuhrüberschuß waren allerdings für die Konjunkturpolitik der USA bisher - von den Agrarprodukten abgesehen - ohne größere Wirkung. Die Ausfuhr geht entsprechend der verringerten Auslandshilfe zurück. Im Jahre 1947, als die Auslandshilfe der Nachkriegszeit mit 9,3 Mrd. \$ den Höchststand erreichte, stieg die Ausfuhr auf nahezu 20 Mrd. \$. In den Jahren

1948 und 1949 sank die Auslandshilfe auf 5,5 bzw. 6 Mrd. \$, sie wird im Haushaltsjahr 1950/51 voraussichtlich 3 Mrd. \$ nur noch wenig übersteigen - von dem Gegengewicht der militärischen Atlantikhilfe abgesehen. Die Einfuhr betrug 1949 etwa 6,6 Mrd. \$ Ob sie durch den Dollar-Drive der Marshallplan-Länder beträchtlich gehoben werden wird, bleibt abzuwarten. Geschieht dies nicht, so wird die Ausfuhr von dem Stand im Jahre 1949 von etwa 12 Mrd. \$ weiter auf 9 - 10 Mrd. \$ zurückgehen. Das wären weniger als 4 v.H. des Brutto-Sozialprodukts (1929: 5,2 v.H.). Eine Beeinträchtigung der Konjunktur durch den Ausfuhrückgang ist daher - von Teilgebieten abgesehen - kaum zu erwarten.

Bei der gegenüber der Nachholkonjunktur in den ersten Nachkriegsjahren ganz offenbar erheblich stärkeren Abhängigkeit des gegenwärtigen "boom" von konjunkturpolitischen Maßnahmen kommt es in den nächsten Monaten entscheidend darauf an, daß weitere sich als notwendig erweisende Eingriffe hinsichtlich Dosis und Zeitpunkt mit großer Vorsicht erfolgen. Wenn auch die Federal Reserve Banken bereits wieder zu einer leichten Geldverknappung übergegangen sind, so wird das Mittel der kontrollierten Inflation dennoch weiterhin die entscheidende Rolle spielen.

K a n a d a ; L a t e i n a m e r i k a

Die damit bisher selbst in den USA gegebene relative Gleichmäßigkeit des Wirtschaftsablaufs war direkt von stärkstem Einfluß auf die amerikanischen Nachbarländer.

Der Konjunkturrückgang im vergangenen Jahr in den USA hatte nur zum Teil nachteilige Folgen für die Wirtschaft K a n a d a s . Auf den meisten Gebieten erreichte die Produktion bereits bei Jahresbeginn wieder den Stand wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Index der industriellen Produktion lag in den letzten Monaten sogar erheblich darüber.

Der Rückgang der Steinkohlenförderung wurde durch Zunahme der Brennkohlen- und Erdölförderung sowie durch erheblich gesteigerte Stromerzeugung wettgemacht. Die Gewinnung an NE-Metallen entspricht ungefähr dem Vorjahresumfang. Ähnlich wie in den USA blieb die Kraftfahrzeugindustrie von der nachteiligen konjunkturellen Entwicklung im vergangenen Jahr fast gänzlich unberührt. Die Produktion an Personenkraftwagen war in den letzten Monaten um mehr als 25 v.H. größer als der monatliche Produktionsdurchschnitt des Jahres 1949. Die Produktion an Lastkraftwagen blieb allerdings zunächst noch hinter dem Vorjahresstand zurück. Zeitungsdruckpapier - auch hier sind die USA wichtigster Abnehmer - hatte zwar zu Jahresbeginn den konjunkturellen Rückschlag noch nicht wieder überwunden. Mit 411 000 t wurde im März aber ein neuer Produktionsrekord aufgestellt.

Auf die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse war hingegen die konjunkturelle Entwicklung der USA von geringerem Einfluß. Hier waren vielmehr die langfristigen Lieferverträge mit Großbritannien ausschlaggebend. Die Dollarknappheit sowie die geringere Abwertung des kanadischen Dollars behinderten allerdings den Außenhandel Kanadas mit Großbritannien und dem übrigen Sterlinggebiet und machten weitere Kapitalausfuhr Kanadas nach Großbritannien erforderlich. Dieser Kapitalausfuhr stand in den letzten Monaten auf Grund der günstigen Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA eine erhebliche Steigerung der Gold- und Dollarreserve der kanadischen Notenbank gegenüber.

Die Großhandelspreise lagen bei Jahresbeginn erheblich unter dem hohen Niveau des Vorjahres. Löhne und Lebenshaltungskosten waren zunächst rückläufig. In den letzten Monaten war der Preistrend entsprechend den Preistendenzen in den USA aber wieder nach oben gerichtet. Angesichts des stark gestiegenen amerikanischen Bedarfs an industriellen Rohstoffen kanadischer Provenienz (NE-Metalle, Holz) dürfte mit einem Anhalten der gegenwärtig wirksamen Tendenzen zu rechnen sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und südamerikanischen Länder in den letzten Monaten ist sehr unterschiedlich. Soweit diese Länder ihren überwiegenden Charakter als Rohstofflieferanten der USA beibehielten, erlebten sie in den letzten Jahren eine stetige und allenfalls durch Ernteschwankungen unterbrochene Aufwärtsentwicklung. Die Nationalisierungsbestrebungen fanden ihren Niederschlag in einem Teil dieser Länder in umfassenden Industrialisierungsprogrammen, deren Durchführung anfangs durch hohe Kriegs- und Nachkriegsgewinne gefördert wurde, nach deren Ausbleiben aber wirtschaftliche Krisenerscheinungen eintraten. Bei Finanzierung des Industrieausbaus spielt nach wie vor die Inflation eine wichtige Rolle. Die meisten dieser Länder haben im vergangenen Jahr zwar abgewertet, aber dennoch Devisenbewirtschaftung und gelenkten Außenhandel beibehalten.

Unter europäischem Aspekt ist die Entwicklung Argentiniens und Brasiliens von besonderem Interesse.

In Argentinien hatte die überstürzte Industrialisierung und verschlechterte Absatzlage für Nahrungsmittel im vergangenen Jahr höchst nachteilige Folgen. Der Mangel an Rohstoffen und wichtigen Kapitalgütern hemmte die Produktion. Für die Fertigstellung der vielen begonnenen industriellen Bauvorhaben fehlte es an der dafür notwendigen Einfuhr an Industrieausrüstungen. Die Ausfuhr stockte infolge des überhöhten Preisniveaus. Erst die Pesoabwertung ermöglichte einen weitgehenden Abbau der Bestände des staatlichen Außenhandelsmonopols (IAPI). Dennoch lag die Ausfuhr im Jahre 1949 um mehr als ein Drittel unter dem Vorjahresstand. Infolge Dürre und Mißernte fällt in diesem Jahr der Maisexport fort. Hoffnungen auf eine Erhöhung der Preise für die Fleischausfuhr - sie ist überwiegend nach Großbritannien gerichtet - haben sich zerschlagen. Lediglich die Wollausfuhr partizipiert an der günstigen Entwicklung der Wollpreise infolge der weltweiten Wollknappheit.

Die durch sinkende Ausfuhrerlöse verschlechterte Leistungsbilanz wird durch Kapitaleinfuhr in einem den in Gang befindlichen Industrialisierungsvorhaben nur unangemessenen Umfang entlastet. Zur Ablösung der eingefrorenen Handelsschulden hat die Export-Importbank einen Kredit von 125 Mill. \$ gewährt.

Trotz sprunghafter Steigerung der Einkommens-, Umsatz- und Grundsteuern ist infolge der unzureichenden staatlichen Außenhandelsgewinne die Finanzierung der umfangreichen

Staatsausgaben nur durch Inflation möglich. Das Geldvolumen nimmt zwar in letzter Zeit nicht mehr so stark zu wie in den ersten Nachkriegsjahren. Seine gegenwärtige Zunahme von jährlich 25 v.H. scheint aber nach wie vor geeignet, das innere finanzielle Gleichgewicht empfindlich zu stören.

Nach dem Fortfall der Verbrauchersubventionen eilen die Lebenshaltungskosten den Löhnen weit voraus. Die durch Streiks erzielten Korrekturen waren bisher unzureichend. Mit einer Stabilisierung der argentinischen Wirtschaftslage kann vorerst nicht gerechnet werden.

Unzureichende Kapitaleinfuhr behindert auch in Brasilien den weiteren Industrieausbau. Durch Rückzahlung amerikanischer Dollaranleihen ist Brasilien sogar vorübergehend zum Kapitalausfuhrland geworden. Immerhin bestehen Hoffnungen auf weitere Kapitaleinfuhr aus den USA, wenn auch ganz offenbar eine Beteiligung amerikanischen Erdölkapitals an der Ausbeutung der brasilianischen Erdölvorkommen nur ungern gesehen wird.

Die industrielle Produktion ist etwa doppelt so groß wie vor dem Kriege. Auf diesem Niveau stagniert sie aber bereits seit 1948. Der Unzahl verkehrs- und industriewirtschaftlicher Bauvorhaben und Siedlungsprojekte ist die Finanzkraft des Landes nicht gewachsen. Die weitgehend inflationistische Finanzierung des Wirtschaftsaufbaus hält Währung und Preise ständig in Bewegung. Der Verzicht auf Abwertung und differenzierte Wechselkurse hatte zwar in den letzten Monaten eine Verbilligung der Einfuhr zur Folge. Infolge starker Einfuhrrestriktionen hatten die daraus resultierenden Kostenvorteile aber nur geringen Einfluß auf das inländische Preisniveau. Sie reichten nicht aus, um die von der Defizitfinanzierung des öffentlichen Haushalts ausgehenden inflationistischen Wirkungen zu neutralisieren. Die Lebenshaltungskosten sind auch in den letzten Monaten laufend weiter gestiegen. Die von den Gewerkschaften aufgestellten Lohnforderungen - sie bewegen sich in Größenordnungen von 40 - 100v.H. - würden bei Berücksichtigung das Tempo der Inflation sehr beschleunigen.

Das Jahr 1950 wird - wenn die Ausgabenvoranschläge eingehalten werden - mit einem Rekorddefizit im öffentlichen Haushalt abschließen.

Die Kaffeehausse hat die brasilianische Dollarbilanz erheblich entlastet. Die Preise sind bisher nur wenig zurückgegangen. Infolge ungünstiger Baumwollernte - Baumwolle ist wichtigstes Tauschobjekt im Handel mit Großbritannien - hat sich die Sterlingbilanz stark verschlechtert.

Industrialisierung und das damit verbundene Anwachsen der großen Städte, das nicht nur die Bauwirtschaft forciert, sondern auch der Landwirtschaft neue Binnenmarkt-Chancen und Anreiz zu höherem Kapitaleinsatz gibt, kennzeichnen die allgemeine Linie

der wirtschaftlichen Entwicklung auch in den übrigen Latein-amerikanischen Ländern.

Der stark gestiegene Kaffeekonsum in den USA und die anhaltend umfangreiche Dollarnachfrage nach mineralischen Rohstoffen sind der stärkste von außen kommende Antrieb ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. In welchem Umfang der Bedarf Europas an Lebensmitteln und Rohstoffen auch nach Ablauf der ERP effektiv bleiben kann, hängt von der Aufnahmewilligkeit Lateinamerikas für Fertigwaren ab. Diese wird zumindest bei Kapitalgütern aller Art ständig groß sein.

Nach wie vor ist **V e n e z u e l a** infolge der günstigen Entwicklung seiner Erdölwirtschaft eines der wenigen Länder Lateinamerikas, in denen Staatshaushalt und Zahlungsbilanz keine Sorgen bereiten. Vorübergehend wurde 1949 die Ölförderung zwar leicht gedrosselt. Seither wurden aber wieder neue Rekorde erzielt. Mit Budgetüberschüssen werden umfangreiche öffentliche Arbeiten (Verkehrsbauten) finanziert. Nach der Entdeckung überaus reicher Eisenerzlager ist das Projekt eines eigenen Hüttenwerks hinzugetreten. Die landwirtschaftliche Produktion stagniert infolge der höheren Gewinnaussichten in Stadt und Ölfeld. An dieser Dauererscheinung konnten bisher die gemeinsamen Bemühungen des Staats und der Erdölindustrie nur wenig ändern.

Die Wirtschaftslage wird in **K o l u m b i e n** in erster Linie vom Kaffeegeschäft bestimmt: der Kaffee stellt zwei Drittel der Ausfuhr. Er geht zu 90 v.H. in die USA. Die scharfe Preishausse hat dem Lande seit Ende 1949 große Vorteile gebracht. Der Preisrückschlag im Mai 1950 stoppte die Kaffeeausfuhr fast gänzlich ab. Die amerikanischen Röstereien hielten in Erwartung niedrigerer und die kolumbianischen Verarbeiter in Erwartung höherer Preise zurück. Ungünstige Witterung hat den Ertrag der neuen Ernte um schätzungsweise 10 v.H. vermindert.

Die Staatsausgaben nehmen erneut zu. Die radikale Sozialpolitik der konservativen Regierung kann nur durch weitere Inflation finanziert werden.

Der Sturz der Metallpreise in **M e x i k o** wurde durch die Abwertung des Peso im Juni 1949 einigermaßen ausgeglichen. Die Leistungsbilanz war 1949 erstmalig seit Kriegsende wieder aktiv. Dollardevisen werden allerdings nur für Maschinen und Rohstoffe bewilligt, während der übrigen Einfuhr-

bedarf auf bilateraler Basis gedeckt wird. 1949 hat sich die bergbauliche Förderung der Menge nach gehalten; erst jetzt wird die Förderung an Bleierz eingeschränkt. Ein Kredit der Export-Import-Bank für die Kohlengruben ist perfekt, einer für das Erdöl wahrscheinlich. Erdölförderung und Erschließung weiterer Vorkommen entwickeln sich günstig. Der Stromabsatz nimmt ständig weiter zu, die Bautätigkeit in Mexico City lag 1949 um 20 v.H. über dem Vorjahr, auch die Beschäftigtenzahl der Industrie ist weiter gestiegen. Wasserkraftwerke und ein Stickstoffwerk werden gebaut, Bewässerungsanlagen und die Nahrungsmittelproduktion erweitert.

Mit seiner vorwiegend agrarischen Ausfuhr (Baumwolle, Reis, Zucker) ist P e r u stark auf den südamerikanischen und europäischen Markt angewiesen und bietet dem Dollarmarkt wenig. Dabei ist die Exportfähigkeit Perus heute kleiner als vor dem Kriege: der Eigenverbrauch ist bei gleichgebliebener Produktionskapazität gewachsen. Die Zahlungsbilanzlage hat sich verschlechtert, und die Inflation hat weiter zugenommen. Die Währungsabwertung im November 1949 hatte infolge Aufhebung der Preiskontrollen und Lohnerhöhungen bisher nur geringen Einfluß auf die angespannte Zahlungsbilanzsituation.

Nach wie vor geben Kupfer- und Salpeterausfuhr dem Wirtschaftsablauf in C h i l e das entscheidende Gepräge. Bei sinkenden Kupferpreisen war die Kupfererzförderung 1949 rückläufig. Von der Währungsabwertung im vergangenen Jahr blieben Kupfer- und Salpeterausfuhr sowie die Einfuhr von lebenswichtigen Gütern durch differenzierte Wechselkurse ausgenommen. Die steigenden Lebenshaltungskosten - 1949 abermals um 20 v.H. - eilen den Löhnen voraus. Durch umfangreiche Streiks wurden erhebliche Lohnforderungen durchgesetzt. Die großen Kupfer- und Salpeterwerke sind gegenwärtig erneut durch Streiks lahmgelegt.

Ü b e r s e e i s c h e s S t e r l i n g g e b i e t

Die wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Länder des Sterlinggebiets ist nur zum Teil von seinen Absatzmöglichkeiten in den USA abhängig. Die Wirtschaftsbeziehungen dieser Länder zum Kerngebiet des Sterlingblocks, Großbritannien, sind hier mindestens in gleichem Maße konjunkturtragende Faktoren. Der Kapitalausfuhr aus Großbritannien kommt dabei ausschlaggebende Bedeutung zu. Die nicht zuletzt dadurch ermöglichte Steigerung des Exports forcierte auch in den letzten Monaten die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Typisch hierfür ist die Lage in Australien, wo der gegenwärtige Aufschwung eindeutig von Kapitalzuschüssen Großbritanniens getragen wird. Bedingt gilt dies auch für die Südafrikanische Union. Gegenüber der gegenwärtigen Prosperität Australiens und dem wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Südafrikanischen Union überwiegen in der wirtschaftlichen Situation Indiens infolge unzureichender Kapitaleinfuhr die ungünstigen Merkmale.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage A u s t r a - l i e n s zeigt wesentliche Merkmale einer Hochkonjunktur.

Der Index der industriellen Produktion liegt gegenwärtig um annähernd 70 v.H. über dem Vorkriegsstand. Die Produktion wichtiger Rohstoffe - Kohle, NE-Metalle - hat den Vorjahrsstand überschritten. Die in der landwirtschaftlichen Produktion ausschlaggebende Weizen-ernte war im vergangenen Jahr ebenso groß wie die Rekordernte 1947. Die Produktion an Fleisch und Butter entspricht ungefähr dem Vorjahrsstand. Wenn auch in der privaten Konsumgüterversorgung nunmehr auf manchen Gebieten ein Käufermarkt vorhanden ist, so befinden sich dennoch die Preise weiterhin im ständigen Anstieg. Für eingeführte Güter liegen die Preise gegenwärtig um etwa 130 v.H., für im Inland selbst produzierte Güter um rund 100 v.H. und für im Inland verbrauchte Güter um etwa 110 v.H. über dem Vorkriegsstand. Für die Löhne ergibt sich eine entsprechend starke Aufwärtsbewegung. Die erneute Lohnerhöhung im April sollte der weiteren Anpassung der Löhne an die stürmische Preisentwicklung dienen.

Die Investitionstätigkeit erhält durch steigende Kapitaleinfuhr laufend neue Impulse. Nur zum Teil handelt es sich bei der Kapitaleinfuhr Australiens um "hot money", das aus spekulativen Gründen Anlagemöglichkeiten auf dem politisch konsolidierten australischen Kontinent sucht. Mindestens ebenso sehr dürften die günstigen Gewinnmöglichkeiten einen Anreiz für die Kapitaleinfuhr darstellen. Kapitalgüter und hochwertige Konsumgüter (Automobile) sind dazuz knapp. Die positive Linwanderungspolitik Australiens stimuliert gleichzeitig den Kapitalgüterbedarf, dessen unzureichende Deckung damit als eines der wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Australiens angesehen werden kann.

Neben der Kapitaleinfuhr ist die Entwicklung des Außenhandels für die konjunkturelle Situation Australiens entscheidend. Der durch das hohe Kapitalangebot forcierten Einfuhr - die Einfuhr lag in den ersten Monaten dieses Jahres bereits um mehr als ein Drittel über dem Vorjahrsstand - steht eine ebenfalls erheblich gesteigerte Ausfuhr gegenüber. Die Ausfuhrerlöse gehen noch weit über den Einfuhrwert hinaus und ermöglichen gegenwärtig die reibungslose Finanzierung eines umfangreichen Kapitaldienstes sowie der vom Ausland in Anspruch genommenen Dienstleistungen (in erster Linie Schiffahrtsleistungen Großbritanniens).

Die günstige Entwicklung der Ausfuhrerlöse ist eine Folge der steigenden Preise auf dem Weltwollmarkt sowie vorteilhafter langfristiger Nahrungsmittellieferungsverträge Australiens mit Großbritannien. Allein der Erlös der Wollschur in der laufenden Saison wird um rund 25 v.H. höher sein als 1948/49. Wenn auch die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung der Welt keine so günstigen Folgen für die australische Finanzsituation haben wird wie die Weltwolllage, so kann dennoch im laufenden Jahr mit einem mindestens gleich großen Erlös aus dem Verkauf an Getreide, Fleisch und Butter gerechnet werden wie in den letzten Jahren.

Die derzeitigen ausgesprochen günstigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen dürften auch noch die nächste Zeit anhalten. Weitere Kapitaleinfuhr kann angesichts der politisch und ökonomisch verhältnismäßig sicheren Anlagemöglichkeiten in Australien erwartet werden. Die Exporterlöse aus dem Verkauf der australischen Wolle werden angesichts des für die nächste Zeit unverändert knappen Wollangebots auf dem Weltmarkt, speziell in den besseren australischen Sorten, aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens gleichbleiben, wenn

nicht sogar weiter ansteigen. Angesichts reichlicher Regenfälle in den Hauptanbaugebieten wird die Ernte wahrscheinlich auch in diesem Jahr günstig ausfallen. Der Absatz an Nahrungsmitteln (vor allem Weizen) auf dem Weltmarkt ohne Dollaraufwand - Australien ist das einzige Land außer Argentinien, das Weizen in wirklich bedeutenden Mengen gegen weiche Währung anzubieten hat - dürfte auf absehbare Zeit keine Schwierigkeiten bereiten. Nach alledem kann für die nächste Zeit mit einem weiteren Anhalten der Prosperity gerechnet werden.

Die Goldproduktion war in den letzten Jahren das tragende Element der wirtschaftlichen Entwicklung in der Südafrikanischen Union. Trotz erheblicher Steigerung des Preisniveaus auf dem Weltmarkt und entsprechender Erhöhung der Produktionskosten ist der Preis des Goldes seit 1934 konstant geblieben. Auf eine Erhöhung des amerikanischen Goldpreises gerichtete Hoffnungen haben sich bisher als unbegründet erwiesen. Die Goldgewinnung stagniert darum auf dem Vorkriegsniveau. Ihr Realwert entspricht nur noch annähernd der Hälfte des Vorkriegswerts. Infolgedessen ist die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas heute in stärkerem Maße von der Kapitaleinfuhr als vom Einsatz der Goldproduktion abhängig. Goldproduktion und Kapitaleinfuhr stellten in den letzten Jahren zusammen einen durchschnittlichen Jahreswert von rund 250 Mill. £ SA. dar. Dank dieser umfangreichen Zuschüsse war eine rasche Ausdehnung des Produktionsvolumens möglich. Die industrielle Produktion lag im Jahresdurchschnitt 1949 um durchschnittlich 60 v.H. über dem Stand des Jahres 1935. Im Frühjahr 1950 war sie allerdings nicht größer als 1949. Die gegenwärtige Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus ist neben der einigermaßen konstanten Goldgewinnung und Kapitaleinfuhr überwiegend eine Folge binnenwirtschaftlicher Faktoren. Zunehmende Bautätigkeit und günstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion sind hier in erster Linie zu nennen. Das Ergebnis der Wollschur war 1949 allerdings nicht größer als 1948. Der starke Preisanstieg auf dem Weltwollmarkt hatte aber erheblich höhere Verkaufserlöse zur Folge.

Auch die Entwicklung der übrigen Großhandelspreise in den letzten Monaten hat das durch den rückläufigen Kapitalzustrom aus dem Sterlinggebiet und die als unzureichend empfundene Goldgewinnung verlangsamte Tempo nicht beschleunigen können. Die Verteuerung der südafrikanischen Einfuhr bei Jahresbeginn war noch überwiegend eine Folge der Pfund-Abwertung. Erst in den letzten Monaten dürfte sie auf Preisentwicklungen in den USA und die damit verbundene weltweite Steigerung der Weltmarktpreise zurückzuführen sein.

Die Einfuhr lag bei Jahresbeginn entsprechend der zur Verfügung stehenden geringeren Kapitaleinfuhr erheblich unter dem Vorjahrstand. Nach wie vor stammt etwa ein Viertel der Einfuhr aus den USA, die angesichts der erheblichen südafrikanischen Eigenproduktion an harter Währung ein bevorzugtes Einfuhrland für wichtige Industrieerzeugnisse darstellen. Die Sterlingländer, allen voran Großbritannien, liefern etwa die Hälfte des gesamten Einfuhrbedarfs. Die Ausfuhr war bei Jahresbeginn annähernd um ein Drittel größer als im Vorjahr. Pfund-Abwertung und günstige Entwicklung des Wollabsatzes dürften hierfür ausschlaggebend sein. Der Goldbestand der South African Reserve Bank wurde in den letzten Monaten bei unzureichender eigener Goldproduktion in erheblichem Maße zur Konjunkturstützung herangezogen. Die Verluste wurden aber inzwischen wieder ausgeglichen.

Geldvolumen, Kreditvolumen, Kassenbestände der Banken lassen in den letzten Monaten eine gegenüber dem Vorjahr geringere wirtschaftliche Aktivität erkennen. Auch aus der Entwicklung der Aktienkurse gehen vorläufig keine stärkeren Aufstiegtendenzen hervor. Lediglich die Kursentwicklung der Goldminenanteile berechtigt zu optimistischen Erwartungen. Die durch die Pfund-Abwertung veränderten Kostenverhältnisse der Goldgewinnung dürften hier die Gewinnmöglichkeiten verbessert haben.

Die Entwicklung des Staatshaushalts zeigt auch in den letzten Monaten das gewohnte Bild eines erheblichen Ausgabenüberschusses, dessen konjunkturstützende Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden darf.

Sicherlich wird die Wirtschaft der Südafrikanischen Union auch aus der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung der USA einigen Nutzen ziehen können. Der Absatz an Wolle und anderen Rohstoffen wird sich dadurch noch günstiger als bisher gestalten. Solange allerdings der Goldpreis unverändert bleibt, erscheint eine stärkere wirtschaftliche Belebung nur auf dem Wege über weitere erhebliche Kapitaleinfuhr aus den USA und anderen Sterlingländern, in erster Linie Großbritannien, möglich. Chancen, aus den USA zusätzliches Kapital zu erhalten, sind zwar vorhanden, wenn auch die günstige konjunkturelle Entwicklung in den USA das Kapitalangebot gegenwärtig in erster Linie auf inländische Anlagemöglichkeiten lenken wird. Der günstige Einfluß der USA-Konjunktur auf Großbritannien dürfte aber mindestens einer Aufrechterhaltung der immerhin bisher schon recht umfangreichen Kapitalausfuhr aus Großbritannien dienlich sein und vielleicht sogar die Aussichten auf eine weitere Erhöhung der Kapitalausfuhr nach der Südafrikanischen Union verbessern.

Nachwirkungen der Abwertung der Rupie, mit der politischen Verselbständigung verbundene wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie das gespannte Verhältnis zu Pakistan geben der gegenwärtigen Situation I n - d i e n s das entscheidende Gepräge. Die Lösung der indischen Wirtschaftsprobleme wird in erster Linie von einer Steigerung der Produktion und Produktivität erwartet, die aber an durch Kapitaleinfuhr finanzierte umfangreiche Neuinvestitionen, Rationalisierung und Modernisierung des indischen Produktionsapparates gebunden ist und eine Wiederherstellung der durch die Abtrennung Pakistans und die damit gegebene Dreiteilung des indischen Subkontinents unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen voraussetzt.

Die industrielle Produktion stagniert auf einem Niveau, das wenig von dem in den Jahren 1947/48 erreichten abweicht und das erheblich unter den während des Krieges erzielten Produktionsleistungen liegt. Die Produktion an Brennstoffen und Energie nimmt zwar noch langsam weiter zu, der Umfang der Produktion in den anderen Industriezweigen hat sich jedoch in den letzten Monaten kaum verändert. Die Produktion der für Indien ausschlaggebenden Baumwoll- und Juteindustrie ist sogar rückläufig. Die Lagerbestände an fertigen Textilien gehen allerdings zurück. Es kann damit gerechnet werden, daß die Produktion an Baumwolltextilien wieder steigen wird, wenn die gegenwärtige günstige Exportentwicklung für Baumwolltextilien anhält und die Rohstoffversorgung den gesteigerten Anforderungen genügt.

Die Produktion an Juteerzeugnissen bleibt weit hinter den Leistungen der letzten Jahre zurück. Dies ist auf politisch begründete Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung und rückläufigen Absatz, vor allem in den USA, zurückzuführen. Der Verbrauch an Juteerzeugnissen in den USA war im Februar dieses Jahres der niedrigste seit Kriegsende. Dennoch ist Jute immer noch einer der ersten indischen Dollarverdiener. Von einer Besserung der Jutesituation ist die wirtschaftliche Gesundung Indiens daher in starkem Maße abhängig. Die Aussichten für einen erhöhten Absatz an Juteerzeugnissen in den USA und den anderen großen Verbrauchszentren der Welt sind aber infolge des großen Angebots an Surrogaten für Juteerzeugnisse als wenig günstig zu bezeichnen. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob die indische Juteindustrie ihren früheren Produktionsumfang in absehbarer Zeit wieder erreichen wird.

Die unzureichende Baumwollernte - in Indien wurde im Durchschnitt der letzten Jahre fast ein Drittel weniger Baumwolle als vor dem Kriege geerntet - macht gegenwärtig erhebliche Baumwolleinfuhren aus dem Ausland erforderlich, deren Finanzierung nur durch einen gesteigerten Export an Industrieerzeugnissen möglich erscheint. Die Entwicklung des Außenhandels berechtigt unter diesem Gesichtswinkel zu einigen Hoffnungen. Bei rückläufiger Einfuhr - sie lag bei Jahresbeginn um annähernd 50 v.H. unter dem Niveau des Vorjahres - zeigt der Export in den letzten Monaten eine stark steigende Tendenz. Der Rückgang der Einfuhr ist auf die infolge unzureichender Kapitaleinfuhr schärfere Handhabung der Einfuhrlizenzen und die Steigerung des Exports auf verspätete Nachwirkungen der Rupie-Abwertung zurückzuführen. Die bisher passive Handelsbilanz ist damit nach dem Kriege erstmalig wieder aktiv geworden. Diese für Indien im Grunde anomale Gestaltung der Handelsbilanz kann als eines der wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen indischen Wirtschaftssituation angesehen werden. Die unzureichende Kapitaleinfuhr lähmt die für die wirtschaftliche Gesundung Indiens erforderliche umfangreiche Investitionstätigkeit und den wünschenswerten weiteren Ausbau der Industrie. Trotz staatlicher Förderung ist die Einfuhr an privatem Kapital nur ganz geringfügig. Es besteht wenig Aussicht für eine Änderung dieses unbefriedigenden Zustands, solange die politische Situation nicht konsolidiert ist.

Die Preise spiegeln diese ungünstige Entwicklung allerdings nur zum Teil wider. Sie wurden in den letzten Monaten durch die Abwertung der Rupie stark beeinflusst. Angesichts der großen Abhängigkeit der indischen Wirtschaft vom Weltmarkt entspricht ihr Verlauf im großen und ganzen dem dort vorhandenen steigenden Trend. Der Index der Großhandelspreise liegt gegenwärtig höher denn je. Die Lebenshaltungskosten haben sich in den großen Städten (Bombay) entsprechend verändert. Die Senkung der Ausfuhrpreise durch die Rupie-Abwertung wurde durch diese Preisentwicklung bereits wieder ausgeglichen. Dennoch haben die laufenden Preissteigerungen die rückläufige Bewegung des Kredit- und Geldvolumens nicht in vollem Umfang aufhalten können.

Die gegenwärtige Wirtschaftssituation Indiens weist somit überwiegend ungünstige Merkmale auf. Mit einer durchgreifenden Besserung kann offenbar trotz der günstigen Entwicklung der Finanz- und Währungssituation im Sterlinggebiet, zu dessen wichtigsten Mitgliedern Indien zählt, erst nach Lösung der politischen Probleme gerechnet werden.

G r o s s b r i t a n n i e n

Nach wie vor ist die Kapitalausfuhr der USA für die wirtschaftliche Entwicklung der außeramerikanischen Welt von großer Bedeutung. Kapitalausfuhr auf kommerzieller Basis war allerdings - von Auslandsinvestitionen amerikanischer Erdölgesellschaften abgesehen - nach dem Kriege nur gering. Staatliche Anleihen und Geschenke gaben vielmehr den Ausschlag. Auch diese politische Kapitalausfuhr ist aber von der wirtschaftlichen Lage in den USA abhängig. In ihrer bisherigen Nachkriegsentwicklung vom in die erste Nachkriegszeit hineinreichenden Lend-Lease bis zum ERP hat sie in besonderem Maße die wirtschaftliche Entwicklung G r o s s b r i t a n n i e n s und damit indirekt die wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Sterlingländer bestimmt.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation Großbritanniens nach den für die Wirtschaftsbeobachtung sonst traditionellen Reihen stößt auf Schwierigkeiten. Ganz offenbar hat die Entwicklung beispielsweise der Beschäftigung oder der Arbeitslosigkeit in einer so stark nach den Prinzipien der Vollbeschäftigungspolitik ausgerichteten Wirtschaft als Beurteilungsgrundlage für den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung an Bedeutung verloren. Indessen ist in Großbritannien mehr als in anderen Ländern der Einflußbereich der Vollbeschäftigungspolitik durch die Möglichkeiten eines ausreichenden Zahlungsbilanzausgleichs begrenzt. Der Außenhandel als Hauptsparte der Zahlungsbilanz sowie die Gold- und Dollarreserve als außenwirtschaftliches Risikopolster, welches die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auch bei ungünstiger Außenhandelsgestaltung garantiert, können darum neben der Produktivität als die heute interessanten Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens angesehen werden.

Das Volumen der Einfuhr liegt immer noch unter dem Vorkriegsstand. Die Einfuhrbeschränkungen gingen bisher fast ausschließlich zu Lasten des inländischen Nahrungsmittelverbrauchs. Sie wurden zum Teil durch Produktionssteigerung der heimischen Landwirtschaft ausgeglichen. Das Volumen der

Ausfuhr lag im März um 81 v.H. über dem Stand des letzten Vorkriegsjahres. Nach der in den letzten Monaten vor der Pfundabwertung wechselvollen Ausfuherentwicklung ist nunmehr wieder eine stetigere Zunahme zu verzeichnen. Die Ausfuhr nach den Hartwährungsändern hat sich allerdings keineswegs in dem erwarteten Umfang gebessert. Die Dollarerlöse der Ausfuhr haben erst in letzter Zeit stärker zugenommen.

Auf die Kapitalbewegungen und auf die Entwicklung der Gold- und Dollarreserve hatte die Pfundabwertung hingegen stärksten Einfluß. Der Rückgang der Gold- und Dollarreserve im letzten Jahr vor der Abwertung wurde bereits wieder voll aufgeholt. Die Gold- und Dollarreserve war Ende Juni 1950 größer als zu irgendeinem Zeitpunkt nach 1946. Ihre Zunahme im zweiten Vierteljahr 1950 betrug allein 438 Mill.%. Mit ihrer weiteren Zunahme kann als Folge des gestiegenen Vertrauens in das Pfund Sterling, der Einschränkungsmaßnahmen hinsichtlich der Einfuhr aus dem Dollarraum und der weiteren Marshall-Hilfe gerechnet werden. Die britische Leistungsbilanz ist jetzt annähernd ausgeglichen. Der Kapitaleinfuhrüberschuß hält sich in der letzten Zeit in erträglichen Grenzen und ist gegenwärtig nicht größer als vor dem Kriege.

Der durch die Vollbeschäftigungspolitik der britischen Regierung ständig wirksame Druck auf die Zahlungsbilanz wurde somit während des letzten Halbjahrs durch die Pfundabwertung neutralisiert. Die günstige Entwicklung der Konjunktur in den USA war dabei allerdings von fühlbarem Einfluß.

Außer den einer aktiven Konjunkturpolitik weniger zugänglichen Komponenten der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens sind natürlich dennoch auch die anderen Merkmale von großem Interesse. Doch spiegeln sich in ihnen weniger die "konjunkturelle" Entwicklung, sondern allenfalls die Abhängigkeit von zum Teil unkontrollierbaren außenwirtschaftlichen Faktoren, sonst aber umfassende Lenkungsmaßnahmen der britischen Regierung wider, durch die es in den letzten Jahren gelungen ist, das konjunkturelle Auf und Ab der Beschäftigung weitgehend auszuschalten.

Nach wie vor ist die Zahl der vorhandenen Arbeitslosen gering. Sie stellt ein notwendiges Minimum für den reibungslosen Arbeitsplatzwechsel dar. Ihr überdurchschnittlicher Stand in den ersten Monaten dieses Jahres war saisonal bedingt. Für die Aufrechterhaltung der praktisch damit erreichten Vollbeschäftigung spielt der hohe Beschäftigungsstand der Produktionsmittelindustrien eine entscheidende Rolle. Bei seiner Sicherung erwies sich bisher eine Investitionsrate von rund 20 v.H. als ausreichend (1938: 13 v.H.). Neuerdings glaubt man, für die Vollbeschäftigung mit einem niedrigeren Satz auskommen zu können. Dies ist eine Folge des durch staatliche Förderungsmaßnahmen erreichten hohen Standes der Ausfuhr und der damit verbundenen guten Beschäftigung der Exportindustrien sowie der nach Schaffung wichtiger neuer Produktionsgrundlagen (Stahl, Energie) für möglich erachteten höheren Konsumgüterproduktion. Der weitere Abbau der Rationierungsmaßnahmen in den letzten Monaten ist hierfür ein wichtiges Symptom. Der Anteil der öffentlichen Hand an der Investitionsfinanzierung - durch ihre Beteiligung wurde bisher der gleichbleibend hohe Stand der Investitionen garantiert - ist bei rückläufiger privater Kapitalbildung in letzter Zeit annähernd konstant geblieben (1948: 33, 1949 34 v.H.).

Reguliert die öffentliche Hand somit auf der einen Seite das für die Vollbeschäftigung erforderliche Investitionsvolumen, so ist sie andererseits bestrebt, die durch die laufend hohe Nachfrage ausgelösten inflatorischen Tendenzen der Preise durch Kaufkraftabschöpfung zu neutralisieren. Diesem Zweck dienten bisher die auf den Gegenwertfonds der ECA in Großbritannien auflaufenden Mittel sowie in den letzten beiden Jahren erzielte erhebliche Haushaltsüberschüsse. Das Jahr 1949 schloß mit einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 318 Mill. £ ab. Der zur Stabilhaltung des inneren Preisniveaus erwünschte Deflationseffekt wurde damit

auch in diesem Jahr in voller Höhe erzielt. Mit stärkerer Anspannung des öffentlichen Haushalts infolge erhöhter Ausgaben für die Rüstung muß allerdings künftig gerechnet werden. Das Anziehen der Renditen und Zinssätze verstärkt im übrigen den Eindruck, daß das private Kapitalangebot rückläufig ist und eine Politik des billigen Geldes dennoch nicht mehr in dem Maße wie in den ersten Nachkriegsjahren geboten erscheint.

Die Zusammensetzung der industriellen Produktion spiegelt gleichfalls bereits die sich anbahnenden Veränderungen wider. Ihr derzeitiger Steigerungssatz geht zwar immer noch erheblich über die durch Produktivitätsverbesserungen gezogenen engen Grenzen hinaus und läßt somit erkennen, daß trotz Vollbeschäftigung die volkswirtschaftliche Leistung immer noch gesteigert werden kann, wenn die Beschäftigungsstruktur verändert wird. So lag der Index der industriellen Produktion bei Jahresbeginn um allein 11 Punkte über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dieses hohe Niveau wurde von der Produktionsmittelindustrie - als repräsentativ kann hier die Entwicklung des Maschinenbaus und der Fahrzeugindustrie gelten - aber schon vor einem Jahr erreicht. Die Verbrauchsgüterindustrien hingegen hatten gegenüber dem Vorjahrstand zum Teil erhebliche Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Sie dürften künftig in stärkerem Maße als bisher das Tempo der Produktionsentwicklung bestimmen. Die Produktion der Textilindustrie nimmt laufend zu und entspricht gegenwärtig etwa dem Durchschnittsstand der verarbeitenden Industrie. Dies ist eine Folge sowohl der durch die Pfundabwertung verbesserten Exportmöglichkeiten als auch des steigenden Inlandsverbrauchs britischer Textilien.

Im ganzen geht das Tempo der Produktionssteigerung in der Industrie in den letzten Monaten zurück. Von Sonderentwicklungen abgesehen (Investitionsschwerpunkte!) ist zwar die weitere Steigerung der industriellen Produktion in hohem Maße von der Entwicklung der Produktivität abhängig. Dennoch wird wahrscheinlich die Industrie ihre Produktion weiterhin durch Rückgriff auf Beschäftigte in anderen Wirtschaftszweigen noch darüber hinaus steigern können.

Der im ganzen recht eindeutigen Entwicklung der Finanz- und Zahlungsbilanzsituation sowie der industriellen Produktion und Beschäftigung steht eine in ihrer Tendenz offenbar ungünstige Preisentwicklung gegenüber.

Bereits die Pfundabwertung hatte die britische Lebenshaltung nicht unerheblich verteuert. Dank einer straffen Lohnstoppolitik der Gewerkschaften wurden die Auswirkungen der gestiegenen Lebenshaltungskosten auf die Kostenlage der Industrie neutralisiert. Lediglich der durch die Abwertung verteuerte Rohstoffeinsatz war damit auf das Preisniveau der Ausfuhr Güter von Einfluß. Es scheint, als würden die Gewerkschaften aber auf die Dauer weitere Lohnforderungen der Arbeiter, die mit erhöhten Lebenshaltungskosten begründet werden, nicht mehr unberücksichtigt lassen können. Zu der Vertéuerung der britischen Exportgüter durch die erneut steigenden Rohstoffpreise kämen damit noch höhere Lohnkosten. Es ist sicher, daß diese Entwicklung das britische Preisgefüge und die britische Absatzlage auf dem Weltmarkt erheblich beeinflussen wird. Andererseits dürfte angesichts der starken Außenhandelsverflechtung des Sterlinggebiets mit den USA die dortige Wirtschaftsentwicklung die Außenhandels- und Finanzsituation des äußeren Sterlinggebiets und damit auch Großbritanniens erheblich stärken.

K o n t i n e n t a l e u r o p a

In den meisten Ländern Kontinentaleuropas ist die Produktion in die durch Vollbeschäftigung und vorhandene Kapazitäten gegebenen Größenordnungen hineingewachsen. Wo dies noch nicht der Fall ist, wird vielfach im Interesse einer Stabilhaltung der Währungen auf geld- und kreditpolitische Konjunkturanregungen verzichtet. Die Kapitaleinfuhr aus den USA ist immer noch für den Wirtschaftsablauf dieser Länder von grundlegender Bedeutung. Entsprechend ihrer mehr oder minder starken Hinneigung zu aktiven konjunkturpolitischen Maßnahmen kann in Westeuropa etwa zwischen Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz und Belgien einerseits sowie den Niederlanden und Skandinavien andererseits unterschieden werden.

Unter den westeuropäischen Ländern, deren konjunkturelle Situation in entscheidendem Maße von der ERP-Hilfe beeinflusst wird, ist besonders F r a n k r e i c h zu erwähnen. Durch den Franken-Gegenwert der ERP-Lieferungen erhielt Frankreich bisher einen Beitrag, der etwa die Hälfte der bisherigen Aufwendungen für den Monnet-Plan deckt. Die eigene Kapitalbildung - sie betrug 1949 mit 279 Mill. ffrs nur 4 v.H. des Sozialprodukts - reicht bei weitem nicht aus, um den laufenden Kapitalbedarf der französischen Wirtschaft zu decken (1949: 1 127 Mrd. ffrs). Der durch die ERP-Hilfe mögliche hohe Investitionsumfang ist für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Vollbeschäftigung der französischen Wirtschaft von grundlegender Bedeutung.

Die unzureichende eigene Kapitalbildung findet aus der ungünstigen Währungssituation Frankreichs und den wenig stabilen politischen Verhältnissen während der letzten Jahre ihre Erklärung. Die weitgehende Stabilisierung des Franken kann nunmehr aber als das wichtigste Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten bezeichnet werden.

Das bisherige Disagio des offiziellen Franken-Kurses zum freien Kurs ist bedeutungslos geworden. Das Abstoppen der Preislohnspirale, die Verbesserung der Leistungsbilanz sowie der in Aussicht stehende Ausgleich des Staatshaushalts sind die wichtigsten Gründe hierfür.

Durch Gewährung eines einmaligen Lohnzuschlags im Herbst des vergangenen Jahres und Anfang dieses Jahres für die besonders schlecht gestellten Lohnempfänger wurde das gegenwärtige Lohnniveau erreicht. Soweit sich die weiteren Preissteigerungen in dem durch die Weltmarktentwicklung gegebenen erträglichen Rahmen halten, scheint damit eine gewisse Konsolidierung erreicht.

Von der Entwicklung des öffentlichen Haushalts gehen gegenwärtig jedenfalls nur geringe inflatorische Tendenzen aus. Das Budget für 1950 sieht zur Ergänzung des unzureichenden privaten Sparvolumens durch öffentliche Kapitalbildung sogar neue Steuern in Höhe von 134 Mrd. ffrs vor. Inwieweit künftig Rüstungsmaßnahmen das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt stören werden, ist gegenwärtig noch nicht in vollem Umfang absehbar.

Die günstige Entwicklung des Außenhandels in den letzten Monaten ist in erster Linie für die grundlegende Besserung der französischen Zahlungsbilanzsituation von Bedeutung. Die Liberalisierung des Europahandels hat eine rasche Steigerung der französischen Warenlieferungen insbesondere nach Westdeutschland gebracht. Die Einfuhr hingegen ist infolge der günstigen Produktionsentwicklung bei Nahrungsmitteln, Kohle und Stahl kaum gestiegen. Die Frankreich gewährten Ziehungsrechte im Rahmen des zweiten europäischen Zahlungsabkommens (225 Mill. \$) wurden nicht ausgenutzt. Das Zahlungsbilanzdefizit gegenüber den ERP-Ländern hat bisher erst knapp 10 Mill. \$ erreicht. Der ausländische Touristenverkehr hat gleichfalls zur Besserung der Zahlungsbilanzsituation beigetragen.

Die für die Stabilisierung der französischen Zahlungs- und Währungssituation dringend gebotene Deflationspolitik der französischen Regierung hat allerdings den Wirtschaftsaufschwung Frankreichs zunächst abgestoppt. Die weitere Steigerung der Produktion ist angesichts der gegenwärtigen Vollbeschäftigung von organisatorischen Verbesserungen abhängig und setzt umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen sowie erhebliche zusätzliche Kapitalinvestitionen voraus. Seit dem Frühjahr 1949 stagniert die industrielle Produktion auf einem Niveau, das etwa ein Drittel über dem des Jahres 1936 liegt. Zum Teil ist sie sogar rückläufig. Die inzwischen erfolgte Lockerung der Kreditrestriktionen und Senkung der Zinssätze war bisher ohne stärkere Wirkung.

Die laufende Steigerung der Kohlenförderung hat in den letzten Monaten zu Absatzschwierigkeiten geführt. Die darauf zurückzuführende Einlegung von Feierschichten steht zu den Produktionszielen des Monnet-Plans in scharfem Widerspruch. Nicht Schritt haltender Eigenbedarf ist auch der Grund für den scharfen Rückgang der Stahlproduktion. Die Ausnutzung der mit ERP-Mitteln überdimensionierten Stahlkapazität scheint nur bei erheblich gesteigertem Auslandsabsatz denkbar, für den sich aber angesichts der anlaufenden Rüstungskonjunktur in den USA künftig günstige Möglichkeiten ergeben dürften.

Die Produktionsmittelindustrien entwickeln sich bei hohem Auftragsbestand weiterhin günstig. In besonderem Maße gilt dies für den Werkzeugmaschinenbau. Auch die Produktion der Automobilindustrie steigt bei günstigen Exportmöglichkeiten weiterhin an. Starke Konkurrenz auf dem Weltmarkt und unzureichende Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt zwingen hingegen die chemische Industrie in letzter Zeit zu Produktionseinschränkungen. Die Textilproduktion liegt nur wenig über dem bereits im Jahre 1948 erreichten Stand.

Von der Bauwirtschaft gehen gegenwärtig keine entscheidenden Impulse für eine konjunkturelle Belebung aus. Das derzeitige Volumen des Wohnungsbaus bleibt weit hinter den Planansätzen zurück (1949 : Jahresleistung 60 000 Wohnungen, vorgesehen für 1950 : 240 000).

Die wirtschaftliche Stagnation - sie ist der Preis für die erreichte finanzielle und währungsmässige Stabilisierung - kann offenbar auf lange Sicht nur durch weitere Kapitalinjektion und noch intensivere Beteiligung Frankreichs am innereuropäischen Warenaustausch überwunden werden. Der Einsatz weiterer Auslandsarbeiter könnte gleichfalls zu einer Belebung beitragen. Von grösserer Bedeutung wäre allerdings eine Steigerung der Arbeitsleistung des französischen Arbeiters.

Die nächsten Monate dürften in Anpassung an den Konjunkturverlauf in den USA mit hoher Wahrscheinlichkeit eine erneute Zunahme von Beschäftigung und Produktion bringen. Ob und in welchem Umfang die innere finanzielle Stabilität durch zunehmende Rüstungsausgaben gestört wird, ist noch nicht klar absehbar. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist auch die sehr labile Lohnsituation. Lohnsteigerungen könnten das mühsam erreichte Gleichgewicht erneut gefährden.

Durch straffe Finanz- und Kreditpolitik ist es in I t a l i e n gelungen, die Inflation der letzten Jahre zum Stillstand zu bringen. Der Staatshaushalt weist für 1949/50 nur noch ein geringes Defizit auf (174 Mrd. Lire gegenüber 416 Mrd. im Vorjahr). Der Notenumlauf ist - von saisonalen Spitzen abgesehen - weiterhin rückläufig. Die Preisentwicklung ist infolge der starken Wirksamkeit sowohl binnen- als auch ausenwirtschaftlicher Faktoren nicht eindeutig. Die italienischen Großhandelspreise haben zwar zunächst ihre sinkende Tendenz aus dem vergangenen Jahr über den Jahreswechsel hinweg beibehalten. Nunmehr setzen

sich aber in stärkerem Maße die von den Weltwarenmärkten ausgehenden Preissteigerungen durch. Hiervon wurden vor allem die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel betroffen. Bei den Preisen für Industrieerzeugnisse sind vorläufig noch die binnenwirtschaftlichen Faktoren stärker wirksam. Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Monaten darum noch weiter gefallen.

Abgesehen davon, daß sich künftig die Preistendenzen des Weltmarktes noch mehr bemerkbar machen werden, befinden sich die Löhne bereits wieder in einer leichten Aufwärtsentwicklung. Beides zusammen dürfte selbst bei Fortsetzung einer gemässigten Deflationspolitik der italienischen Regierung zu Preissteigerungen für industrielle Fertigerzeugnisse führen.

Bisher war diese Politik allerdings im Verein mit der Abwertung der Lira für die italienische Ausfuhr von günstiger Wirkung. Der Dollarwert der Ausfuhr lag in den letzten Monaten zeitweise erheblich über den Vorjahrswerten. Nur zum Teil standen die bisherigen Ausfuhrerlöse zur Finanzierung der Einfuhr zur Verfügung. Einfuhrrestriktionen hatten die Ansammlung erheblicher Sterlingguthaben zur Folge. Die zum Teil durch ERP-Hilfe finanzierte Einfuhr erreichte zur gleichen Zeit Rekordwerte.

Trotz dieser verhältnismässig günstigen Entwicklung des Außenhandels hat die italienische Regierung die mit der deflatorischen Wirtschaftspolitik verbundenen nachteiligen Wirkungen auf die Beschäftigungslage nicht verhindern können. Die Arbeitslosigkeit - sie gilt zur Hälfte als strukturell verursacht - ist immer noch annähernd ebenso groß wie in Westdeutschland. Ihre rückläufige Bewegung in den letzten Monaten war saisonaler Natur.

Bei unzureichender Beschäftigung hat die industrielle Produktion das Vorkriegsniveau überschritten. Im März wurde mit 118 v.H. der Produktion von 1938 ein neuer Nachkriegshöchstwert erzielt. Die günstige Entwicklung der Automobilindustrie und der Baustofferzeugung war hierfür entscheidend.

Die Lösung des brennenden Problems einer Überwindung der Arbeitslosigkeit wird in gewissem Umfang von Massenauswanderung erhofft. Nachdem die Inflationsgefahr aber nun gebannt ist, kann künftig wieder mit einer reichlicheren Kreditversorgung gerechnet werden. Der seit April 1949 unveränderte Diskontsatz konnte bereits Anfang April 1950 wieder herabgesetzt werden. Die sich daraus ergebenden günstigen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage dürften durch die in Angriff genommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung noch verstärkt werden.

Sinkende Nachfrage, zunehmender Konkurrenzdruck, hohe Arbeitslosigkeit sind wichtige Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftslage Österreichs. Um die Währung stabil zu halten, ging man von der Politik des billigen Geldes zu vorsichtigeren Freigaben aus den Counterpart-Funds und einer erheblichen Kreditverknappung über. Trotz dem dadurch entstandenen Deflationsdruck entwickelten sich Industrieproduktion und Außenhandel in den letzten Monaten relativ günstig.

Im Februar setzte nach Überwindung saisonaler Schwierigkeiten eine starke Aufwärtsentwicklung der Industrieproduktion ein. Sie erreichte im März den bisherigen Höchststand (Index der Industrieproduktion im März 1950: 142 v.H. $\sqrt{1937 = 100}$ gegenüber 133 v.H. im Vormonat). In den Produktionsmittelindustrien, wie Eisen- und Stahlgewinnung, Maschinenbau, chemische Industrie, wurden neue Höchstleistungen erzielt. Auch die Konsumgüterindustrien holten in letzter Zeit auf. So überschritt die Produktion der Textilindustrie im März 1950 das Vorkriegsniveau um sechs Punkte und die der Papierindustrie näherte sich dem Stand des Jahres 1937.

Die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen erreichte im Februar 1950 zum Teil aus saisonalen Gründen ihren bisher höchsten Stand (162 000 gegenüber 98 000 im gleichen Monat des Vorjahres). Im März 1950 ging die Zahl der Arbeitslosen um rund 40 000 zurück, lag aber trotzdem um 30 000 über dem Niveau vom März 1949. Die Gründe für die immer noch hohe Arbeitslosigkeit sind vor allem das steigende Angebot an Arbeitskräften, die mangelhafte Einsatzfähigkeit der verfügbaren Arbeitskräfte, die erst durch Umschulung verbessert werden könnte, sowie die zunehmende Rationalisierung der Industrie.

Während die Grundstoffpreise weiter steigen, sind die Preise für industrielle Fertigwaren rückläufig. Hierin spiegelt sich die bei verbesserter weltwirtschaftlicher Lage immer noch unbefriedigende binnenwirtschaftliche Entwicklung Österreichs wider. Die Lebenshaltungskosten gehen seit Dezember 1949 konstant zurück.

Nachdem nunmehr auf globale Preis-Lohnabkommen verzichtet wird, kann bei der knappen Dosierung des Geld- und Kreditvolumens zwar eine Normalisierung der Preis-Lohnstruktur erwartet werden.

Der Außenhandel entwickelt sich weiterhin günstig. Die hohe Einfuhr - das Einfuhrvolumen liegt bereits über dem Vorkriegsniveau - wird etwa zu einem Drittel durch ERP-Mittel finanziert. Die Ausfuhr erholt sich bedeutend langsamer. Sie erreichte im März mit 91 v.H. des Volumens von 1937 den bisherigen Nachkriegshöchststand. Risikoreiche Exportgeschäfte, die infolge hoher Inlandsnachfrage bislang unrentabel erschienen, lohnen sich allerdings infolge der rückläufigen Binnenkonjunktur wieder und machen eine rasche weitere Zunahme des Exports wahrscheinlich. Infolge des starken Rückgangs der Einnahmen aus den "invisibles" in der Nachkriegszeit muß das Ausfuhrvolumen jedoch noch erheblich gesteigert werden, wenn die Einfuhr restlos aus eigenen Mitteln finanziert werden soll. Zudem erfolgt ein großer Teil des gegenwärtigen Exports noch auf bilateralér Basis, so daß erst die weitere Liberalisierung des europäischen Außenhandels die österreichischen Exportchancen sichtbar werden lassen wird.

Für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate ist entscheidend, ob die bisherige Deflationspolitik fortgesetzt wird. Zudem wird die weitere Entwicklung des Außenhandels - vor allem mit Deutschland und Südosteuropa - von Bedeutung sein. In beiden Richtungen haben in letzter Zeit erfolgreiche Verhandlungen stattgefunden, die eine allmähliche Normalisierung des Außenhandels mit diesen Ländern wahrscheinlich machen.

Als Hartwährungsland mit freiem Außenhandel wurde die S c h w e i z von der rückläufigen weltwirtschaftlichen Entwicklung des vergangenen Jahres in besonders starkem Maße erfaßt.

Die rückläufige Konjunktur hielt gleichmäßig während des ganzen Jahres 1949 an. Die internationale Abwertungswelle im Herbst des vergangenen Jahres, an der sich die Schweiz nicht beteiligte, verschlechterte die Situation allerdings nicht weiter. Die Beschäftigung erreichte ihren Tiefstand im Januar 1950 (30 000 registrierte Arbeitslose gegenüber 15 000 im Januar 1949). Seitdem hat sich aber die Beschäftigungslage gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen ging bis März 1950 auf 10 800 zurück und entsprach damit dem Stand vom November 1949.

Das Ausfuhrvolumen der Schweiz hielt sich trotz Abwertung in den Monaten Oktober 1949 bis März 1950 - abgesehen von den üblichen saisonalen Schwankungen - auf dem Niveau der gleichen Monate des Vorjahres. Im

ersten Vierteljahr 1950 (1938=100) erreichte es 114 v.H. gegenüber 112 v.H. im ersten Vierteljahr 1949. Die Ausführpreise sind rückläufig. Der Index der Ausführpreise (1938 = 100) betrug im ersten Quartal 1950 236 v.H. gegenüber 245 v.H. im vierten Vierteljahr 1949 und 253 v.H. im ersten Vierteljahr 1949, ganz offenbar handelt es sich dabei um eine Folge der zunehmenden Konkurrenz auf den Weltmärkten sowie des Mangels an harter Währung.

Das Einfuhrvolumen im ersten Vierteljahr 1950 lag nur um zwei Punkte unter dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres (119 v.H. gegenüber 121 v.H.), obwohl die Importeure infolge der allmählichen Sättigung des schweizer Nachholbedarfs und der noch nicht überwundenen Absatzstöckungen jetzt vorsichtiger disponieren. Bei den Einfuhrpreisen kam der Schweiz zunächst der Abwertungsgewinn zugute (Index der Importpreise im ersten Vierteljahr 1950: 204 v.H. gegenüber 238 v.H. im ersten Vierteljahr 1949). Die neuere Entwicklung der Weltrohstoffmärkte hat nunmehr aber wieder zu einem Anstieg der Einfuhrpreise der Schweiz geführt.

Das Geldvolumen zeigt im wesentlichen nur saisonale Veränderungen. Der auffallend starke Rückgang der Emissionstätigkeit - sie ging nach den Währungsabwertungen fast bis zur Bedeutungslosigkeit zurück, was vor allem auf die nach den Abwertungen geringer erscheinenden Absatzchancen der Schweiz im Ausland zurückzuführen war - ist bereits wieder überwunden. Der Kapitalmarkt wird jedoch gegenwärtig in stärkerem Maße als im Vorjahr durch die öffentliche Hand beansprucht.

Trotz Abwertung blieb der Mangel an Hartwährungsdevisen in den meisten Ländern bestehen. Der ausländische Fremdenverkehr ging infolgedessen zurück (im ersten Vierteljahr 1950: 1,3 Mill. Ausländerübernachtungen gegenüber 1,5 Mill. im ersten Vierteljahr 1949).

Für die konjunkturelle Entwicklung der Schweiz in der nächsten Zukunft kommt es entscheidend darauf an, welche weiteren Fortschritte die Integration der europäischen Volkswirtschaften durch die Liberalisierung des Außenhandels machen wird. Dabei wird vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, das bis Kriegsende unter den Abnehmern und Lieferanten der Schweiz an erster Stelle stand, eine entscheidende Rolle spielen. Als weitere Konjunkturstütze der nächsten Monate dürfte sich die durch staatliche Finanzierungsmaßnahmen forcierte Bautätigkeit erweisen.

Dank seines reichen Kolonialbesitzes, verhältnismäßig geringer Kriegsschäden, großer, über den Krieg hinweggeretteter Währungsreserven und frühzeitiger Währungssanierung konnte Belgien die Nachholkonjunktur der ersten Nachkriegsjahre in vorteilhafter Weise ausnutzen. Den nach Abklingen dieser Konjunktur eingetretenen Rückschlag hat die belgische Wirtschaft zwar bis jetzt noch nicht wieder voll überwinden können, dennoch sind seit Herbst vergangenen Jahres Anzeichen einer Besserung erkennbar.

Die Abwertung des belgischen Franken und die im Anschluß daran erfolgte weitgehende Aufhebung der Handelsschranken in Westeuropa im vergangenen Herbst hatten hierfür einige Voraussetzungen geschaffen. Infolge der starken Abhängigkeit der belgischen Wirtschaft von der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Nachbarländer hat die seither eingesetzte Intensivierung des innereuropäischen Warenaustausches zu einer starken Belebung des belgischen Außenhandels geführt. Die Ausfuhr hat in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Sie war im März größer als in irgendeinem Monat des Vorjahres. Die Einfuhr erreichte gleichfalls im März einen Höchststand. Die verbesserten Ausfuhrchancen wirken sich vor allem auf die Konsumgüterindustrie günstig aus. Die Produktion der Textilindustrie lag in den ersten Monaten dieses Jahres beispielsweise um etwa 20 v.H. über dem Stand des Vorjahres. Die Produktionsgüterindustrien stagnieren hingegen bisher immer noch auf dem niedrigen Niveau der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Der Binnenmarkt erwies sich nach Abklingen der großen Nachholkonjunktur für die belgischen Produktionsmittelindustrien als ungenügend. Die sich andeutende Überproduktion der europäischen Stahlindustrie macht sich auch hier bereits bemerkbar. Die Beteiligung Belgiens an den gegenwärtigen Erörterungen über den Schuman-Plan geht nicht zuletzt hierauf zurück. Die Kohlenförderung liegt immer noch unter dem Vorkriegsniveau.

Trotz dieser im ganzen immer noch unbefriedigenden Entwicklung hat die Beschäftigung zugenommen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten geht über den saisonmäßigen Umfang hinaus. Hieran haben staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die vorwiegend der Bauwirtschaft zugute kamen, einen hervorragenden Anteil. Dennoch gehört Belgien immer noch zu den europäischen Ländern mit verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit. Eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungslage dürfte sich aber aus der weiteren wirtschaftlichen Integration Belgiens mit den europäischen Nachbarländern und seiner weitgehenden Einschaltung in die Rüstungskonjunktur der westlichen Welt ergeben.

Belgiens Gläubigerstellung gegenüber den anderen westeuropäischen Ländern war zunächst eine Folge des wirtschaftlichen Vorsprungs Belgiens gegenüber dem übrigen Europa. Inzwischen haben diese Länder erheblich aufgeholt. Der Kapitaleinfuhr kommt darum nicht mehr die gleiche Bedeutung wie bisher zu. Mit einem Rückgang der durch das ERP finanzierten Kapitalausfuhr Belgiens muss gerechnet werden. Vorerst verfügt Belgien allerdings noch gegenüber Europa über eine aktive Leistungsbilanz. Der feste Stand des belgischen Franken erhält hieraus seine stärkste Stütze. Der ordentliche Staatshaushalt ist ausgeglichen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung werden durch außerordentliche Mittel finanziert. Ob sie - im Verein mit den üblichen Mitteln der Geld- und Kreditpolitik - ausreichen werden, das dringende Problem einer Überwindung der Arbeitslosigkeit zu lösen, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Fraglos wird aber die künftige wirtschaftliche Entwicklung der grossen europäischen Nachbarländer und der USA den Wirtschaftsablauf in Belgien in sehr starkem Maße bestimmen.

Trotz erheblicher Kriegsschäden und Belastungen, die der lange Kolonialkrieg und schließliche Verlust Indonesiens mit sich brachten, macht die wirtschaftliche Erholung der N i e d e r l a n d e rasche Fortschritte. Produktion und Beschäftigung liegen bereits weit über dem Vorkriegsstand. Bei laufend sehr starkem Zuwachs an neuen Arbeitskräften (jährlich 50 000) ist die Arbeitslosigkeit gering. Praktisch besteht Vollbeschäftigung. Ihre Aufrechterhaltung ist das wichtigste Ziel staatlicher Lenkungsmaßnahmen. Ein erheblich größerer Teil des realiter gegenüber dem Vorkriegsumfang bisher um 25 v.H. gestiegenen Volkseinkommens als vor dem Kriege wird gegenwärtig investiert, während auf den Verbrauch gegenwärtig nur 70 v.H. gegenüber 80 v.H. vor dem Kriege entfallen. Wohnungs- und Industrieausbau sowie umfangreiche öffentliche Arbeiten wurden bisher aus der hohen Investitionsquote finanziert. Sie sichert den hohen Beschäftigungsstand. Allerdings halten die Staatseinnahmen mit den sich hieraus ergebenden großen Staatsausgaben nicht Schritt. Nach wie vor wird ein erheblicher Teil der Staatsausgaben mit Haushaltsdefiziten finanziert. Der Staatshaushalt für 1950 schließt mit einem Fehlbetrag von 231 Mill.hfl. ab. Inflationistisch wirkt zugleich die ständige Zunahme des Devisenbestandes der Niederländischen Bank. Wenn dennoch das Geldvolumen in den letzten

Monaten abgenommen hat, so findet dies aus der laufenden Geldstillegung auf den Gegenwert-Fonds der ECA seine Erklärung.

Löhne und Preise, die sich infolgedessen bis zur Abwertung als relativ stabil erwiesen, sind durch die Abwertung und die sich sehr bald daran anschliessende Liberalisierung des Außenhandels erneut in Bewegung geraten. Nunmehr liegt der Großhandelspreisindex um immerhin 14 Punkte über dem Vorjahrsdurchschnitt (März 1950). Den entsprechend gestiegenen Lebenshaltungskosten folgten die Löhne bisher nur in begrenztem Maße. Dennoch ging ein erheblicher Teil des durch die Abwertung gewonnenen Preisvorteils für die Ausfuhr verloren.

Von der Liberalisierung des europäischen Außenhandels gingen für den Wirtschaftsablauf der letzten Monate sehr starke Impulse aus. Die Ausfuhr stieg nach dem Rückschlag in den ersten Monaten des Jahres fast wieder auf das Niveau des bisher besten Nachkriegsmonats (Dezember 1949). Westdeutschland ist nunmehr der bedeutendste Abnehmer niederländischer Waren. Auch die Einfuhr nimmt laufend zu. Es gelang, den hohen Aktivsaldo aus dem Außenhandel mit Westdeutschland weiter abzubauen (gegenwärtig noch 300 Mill. hfl.).

Nicht zuletzt die günstige Entwicklung des Außenhandels hat die industrielle Produktion weiterhin erheblich forciert. Sie entsprach im März dem Stand am Jahresende 1949. Die Steinkohlenförderung liegt über dem Niveau des Vorjahres. Die Erdölgewinnung erzielt laufend neue Rekordergebnisse. Metallindustrie und Textilindustrie haben das Vorjahrsniveau erheblich überschritten. Der Wohnungsbau scheint nunmehr den durch den Bevölkerungszuwachs gegebenen laufenden Bedarf eingeholt zu haben.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist in entscheidendem Maße davon abhängig, ob es gelingen wird, den Staatshaushalt zum Ausgleich zu bringen. Vorläufig scheint allerdings die innere finanzielle Stabilität durch weitgehende Blockierung der ERP-Gegenwerte gesichert. Im übrigen dürfte sich der Außenhandel vor allem mit Westdeutschland immer mehr zur entscheidenden Konjunkturstütze der niederländischen Wirtschaft entwickeln.

Abwertung und Liberalisierung des Europahandels haben die Wirtschaft D ä n e m a r k s in den letzten Monaten entscheidend beeinflusst. Die Währungsabwertung hatte insbesondere eine Verteuerung der Lebenshaltung zur Folge, die durch Lohnsteigerungen der letzten Monate allerdings kompensiert wurde. Die unerwünscht hohe Konsumgüternachfrage hätte durch die

erfolgte teilweise Aufhebung der Lebensmittelsubventionen gedrosselt werden können, wenn sie nicht durch Steuererleichterungen und Kinderbeihilfen wieder neutralisiert würde. Die Bekämpfung der sich hieraus ergebenden inflatorischen Tendenzen scheint durch den auch im abgelaufenen Haushaltsjahr erzielten Haushaltsüberschuß als nicht ausreichend. Erhebliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Geldstilllegung durch die ECA-Gegenwertfonds zu.

Die Liberalisierung des Europahandels hatte vor allem für die dänische Landwirtschaft positive Auswirkungen. An der Steigerung der Ausfuhr in den letzten Monaten, insbesondere der Ausfuhr nach Westdeutschland, hatte sie entscheidenden Anteil. Die Ausfuhr war im ersten Vierteljahr 1950 um rund ein Drittel größer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auch die Einfuhr lag in den letzten Monaten erheblich über dem Vorjahrsstand. Seit Abschluss des Ergänzungsvertrags zum deutsch-dänischen Handelsabkommen kommt Westdeutschland ebenfalls in den Genuß der dänischen Freiliste. Mit weiterer erheblicher Zunahme der Einfuhr aus Deutschland ist darum zu rechnen.

Die erwarteten ungünstigen Auswirkungen der Liberalisierung auf die dänische Industrieproduktion sind bisher kaum eingetreten. Die industrielle Produktion erreichte in den letzten Monaten neue Rekordergebnisse (Februar 1950: 151 v.H. des Standes von 1938). Die Vollbeschäftigung scheint durch die Liberalisierung des Außenhandels bisher nicht gefährdet. Die Arbeitslosigkeit ist nach Überwindung der erheblichen Saisonarbeitslosigkeit gering.

Indessen hat die Abwertung die dänischen Terms of Trade nachhaltig verschlechtert. Vom August 1949 bis zum März 1950 stieg der Index der Importpreise allein um 13 Punkte. Der Index der Exportpreise für tierische Veredlungserzeugnisse ging hingegen um 10 Punkte zurück. Mit einer weiteren Verschlechterung der Terms of Trade muß angesichts der Preisentwicklung auf den Weltmärkten gerechnet werden. Die sich hieraus ergebende Anspannung der Zahlungsbilanzsituation zwingt zur verschärften Anwendung der noch verbliebenen Einfuhrkontrollen, zur Drosselung des Verbrauchs an Einfuhrwaren durch höhere Verbrauchssteuern und Beibehaltung der Rationierung einheimischer Erzeugnisse, wie Butter und Zucker, um größere Mengen für den Export verfügbar zu machen. Die dänische Regierung hat dennoch die nachteiligen Wirkungen ihrer Vollbeschäftigungs- und Lohnpolitik auf die Zahlungsbilanzsituation vorläufig nicht verhindern können. Ohne erhebliche Kostensenkung scheint die gegenwärtige Vollbeschäftigung bei weiterer Liberalisierung des Außenhandels gefährdet.

Die mit der Abwertung der Krone verbundene erhebliche Verteuerung der Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr konnte in N o r w e g e n angesichts seiner großen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit nicht mehr wie bisher durch innerwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen neutralisiert werden. Um das bisherige Preisniveau zu halten, wäre fast eine Verdoppelung der Subventionen erforderlich gewesen, deren Finanzierung aber bei der bereits sehr hohen Steuerlast auf größte Schwierigkeiten gestoßen wäre. Die durch umfangreiche Kontrollmaßnahmen, Subventionen und Rationierung bisher stabil gehaltenen Preise und Löhne sind daher in den letzten Monaten erneut gestiegen, besonders seitdem Anfang April auch die Preise für die subventionierten Waren erhöht wurden. Der Großhandelspreisindex lag im April um 19 Punkte über dem Durchschnittstand von 1949.

Dennoch bleibt die innere Finanzlage infolge der durch die Vollbeschäftigungspolitik der Regierung starken Beanspruchung angespannt. Der durch diese Politik ermöglichte Aufschwung der industriellen Produktion Norwegens hält allerdings weiter an. Nach Überwindung des saisonalen Rückschlags bei Jahresbeginn wurden neue Höchstleistungen erzielt (Indexstand März 1950: 149 /1937 = 100/). Neue Nachkriegsrekorde ergaben sich vor allem in der Grundstoffindustrie (Kohlenbergbau, Förderung von Eisenerz und Schwefelkies sowie Roh-eisengewinnung), ferner in der Düngemittel- und Zelluloseherstellung. Indessen zieht der weitere Produktionsaufschwung eine laufende Verschlechterung der Handelsbilanz nach sich. Das Einfuhrvolumen lag im März um annähernd 50 v.H., das Ausfuhrvolumen nur um etwa 10 v.H. über dem Vorjahrsstand. Trotz aktiver Dienstleistungsbilanz ist Norwegen darum auf umfangreiche Kapitaleinfuhr angewiesen. Der ERP-Hilfe kommt unter diesen Umständen erhebliche konjunkturtragende Bedeutung zu. Ihre zu erwartende Verminderung dürfte das Aufstiegs-tempo der norwegischen Wirtschaft fühlbar verlangsamen. Zugleich könnten sich aus der weitergehenden Liberalisierung der bisher staatlichen Lenkungsmaßnahmen unterliegenden Einfuhr Störungen für die norwegische Vollbeschäftigung ergeben, denen nur geringe Ausfuurvorteile für die norwegische Wirtschaft gegenüberstehen würden.

S c h w e d e n s wirtschaftliche Entwicklung steht seit 1949 im Zeichen zunehmender Stabilisierung sowohl im inneren finanziellen Bereich als auch auf dem Gebiet des Außenhandels. Zu diesem Erfolg haben die bei Vollbeschäftigung steigende Industrieproduktion,

die rasch voranschreitende Normalisierung des europäischen Handels und die anhaltend günstige Exportkonjunktur für schwedische Stapelprodukte ebenso beigetragen wie die zielbewußte Wirtschaftspolitik der Regierung, der es u.a. mit Hilfe ihrer Subventionspolitik weitgehend gelungen ist, die negativen Auswirkungen der Abwertung auf das heimische Preisgefüge abzufangen, die Lebenshaltungskosten stabil zu halten und damit die Gewerkschaften für eine Verlängerung des Lohnstopps bis Ende 1950 zu gewinnen. Darüber hinaus haben es ihr das reichlichere, der Nachfrage besser als bisher angepaßte Güterangebot und die sich abzeichnende Sättigung des Marktes ermöglicht, auf wichtigen Gebieten die Preiskontrolle aufzuheben oder zu lockern.

Zum ersten Male seit dem Kriege weist Schweden eine fast ausgeglichene Handelsbilanz (84 Mill. skr. Einfuhrüberschuß) und eine aktive Leistungsbilanz aus, deren Saldo (486 Mill. skr.) auch unter Berücksichtigung der Währungsverschlechterung den des Jahres 1938 (+ 74 Mill. skr.) bei weitem übertrifft. Angesichts der sich bis Oktober 1949 laufend verschlechternden Austauschrelationen konnte dieses Ergebnis nur erzielt werden durch eine ungewöhnliche Steigerung der Exporte bei gleichzeitiger starker Beschränkung der Einfuhr. Die weitere Drosselung der Importe aus dem Dollargebiet hat zusammen mit den verbesserten Bezugsmöglichkeiten in Europa den Passivsaldo der Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten von 400 Mill. skr. im Jahre 1948 auf 168 Mill. skr. im Jahre 1949 vermindert. Die trotz der Preissteigerungstendenzen rege Nachfrage des amerikanischen Marktes nach schwedischer Zellulose einerseits und die Intensivierung des innereuropäischen Güterauswechsels infolge des Abbaus der Handelsschranken andererseits dürften die Lösung des Dollarproblems bis zum Ablauf des Marshallplans nicht unerreichbar erscheinen lassen. Die schnelle Aufwärtsentwicklung des deutsch-schwedischen Außenhandels ist auch in dieser Hinsicht als gutes Vorzeichen zu werten.

Die günstige Außenhandelsentwicklung, die bei sich stetig verbessernden Terms of Trade auch im laufenden Jahre anzuhalten verspricht, führte über die Erhöhung des Geld- und Devisenbestands um 617 Mill. skr. nicht nur zu einer beträchtlichen Liquiditätsverbesserung und einer Ermäßigung der Geldzinssätze - das Geldvolumen stieg 1949 um rund 1,7 Milld. skr. -, sondern schuf zugleich die Voraussetzung für die seit Jahresbeginn wirksame Lockerung der Einfuhrbeschränkungen. Der vergrößerte Importspielraum und die mit der Hoffnung auf eine baldige Aufhebung aller Preisbindungen,

des Dividendenstopps und der Gewinnanlagevorschriften gestiegenen Ertragserwartungen der Unternehmer, wie sie in der Belebung des Aktienmarktes und den zum Teil erheblichen Kurssteigerungen zum Ausdruck kommen, lassen eine Erweiterung des - noch immer behördlich beschränkten - Investitionsvolumens erwarten, das Schweden die Vollbeschäftigung auch weiterhin sichern wird. Es ist sogar anzunehmen, daß die Industriebeschäftigung nach Überwindung der saisonbedingten Abschwächung trotz der auf einigen Gebieten fühlbaren Zurückhaltung der Unternehmer einem neuen Rekordstand zustreben wird.

Die industrielle Produktion zeigt eine kräftige Frühjahrsbelebung und erreichte bereits im März 1950 mit 206 v.H. von 1935 ihren bisherigen Höchststand, der angesichts des Fehlens weiterer, nennenswerter Arbeitskraftreserven so gut wie ausschließlich durch Rationalisierungserfolge erreicht wurde. Überdurchschnittliche Produktionszunahmen haben seit der Abwertung bis März 1950 vor allem die für das laufende Jahr bereits ausverkaufte Holzindustrie mit 39 Indexpunkten und die Textil- und Bekleidungsindustrie mit 26 Punkten aufzuweisen. Die im Vorjahr in der Zellulose- und Papierproduktion herrschende Stagnation scheint seit März 1950 überwunden. Dasselbe gilt für die Metallindustrie, die zwar gegenüber der Vorkriegszeit mit 235 v.H. von 1935 die größte Produktionszunahme zu verzeichnen hatte, im vergangenen Jahr jedoch eine uneinheitliche Entwicklung erkennen ließ.

Das Nachlassen der Nachfrage und die verschärfte internationale Konkurrenz haben in einigen Branchen, wie zum Beispiel in der Stahlwarenindustrie, dem Schiffbau, der Möbel-, der Konfektions- und der Porzellanindustrie, geringe Abschwächungstendenzen sichtbar gemacht, die im Bereich der Kapitalgüterindustrie zu einer Normalisierung der - bisher stark überhöhten - Auftragsbestände und zu einer Verkürzung der Lieferfristen geführt haben. Dessen ungeachtet ist zum Beispiel im Schiffbau dank der hohen Auftragsbestände vor allem für ausländische Rechnung die volle Ausnutzung der Kapazität noch bis 1952 gewährleistet.

Trotz der im ganzen günstigen Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens im laufenden Jahr fehlt es nicht an Gefahrenmomenten. Sollte sich die von der Regierung zum Jahresende 1950 gehegte Erwartung auf eine automatische Liquidierung der Subventionen nicht erfüllen oder sollte die Entwicklung der Einfuhrpreise gar eine Erhöhung der Staatsausgaben erforderlich machen, so entsteht die Gefahr, daß über den Weg des deficit spending - bereits für das laufende Haushaltsjahr wird mit einem Budgetdefizit von rund 500 Mill. skr. gerechnet - neue inflatorische Tendenzen den eben begonnenen Konsolidierungsprozess gefährden.

Einer solchen möglichen Entwicklung wird mit nachhaltigem Erfolg nur durch eine weitere Steigerung der Produktivität zur Stärkung der Exportkraft und durch Förderung der Kapitalbildung begegnet werden können.

Weltwarenmärkte

Der günstige Konjunkturverlauf in den USA sowie die durch den Korea-Konflikt ausgelöste stürmische Entwicklung der Nachfrage führte auf den meisten Weltwarenmärkten zu erheblichen Preissteigerungen. Durch spekulative Manipulationen ausgelöst, in der Versorgungslage nicht gerechtfertigte Preisbewegungen wurden allerdings sehr bald wieder auf ein normales Maß zurückgeführt. Vorratskäufe der amerikanischen Regierung beeinflussten außerdem in besonderem Maße die Entwicklung auf den Metallmärkten. Auf den Agrarmärkten wirkte die amerikanische Preisstützungs- und Einkaufspolitik weiterhin stabilisierend.

In den USA sind die Ernteaussichten für Winterweizen infolge günstiger Witterung in letzter Zeit gegenüber der pessimistischen Vorschätzung vom Mai wieder gestiegen. Zur Zeit wird mit einer Ernte von 19,3 Mill. t Winterweizen und 6,4 Mill. t Sommerweizen, zusammen 25,7 Mill. t gegenüber 31,2 Mill. t im Vorjahr gerechnet. 1949 betrug die Ernte an Winterweizen 24,3 Mill. t (1948: 26,9 Mill. t, Ø 1938/48: 19,8 Mill. t).

In Kanada sind die Ernteaussichten bisher zufriedenstellend, wenngleich die Frühjahrsbestellung sich verspätete. Die Empfehlungen, die Anbaufläche einzuschränken, wurden im Gegensatz zu den USA offenbar nicht befolgt. In Argentinien, wo die Anbaufläche erweitert wurde, und in Australien haben sich die Ernteaussichten gebessert. In den bisher weniger wichtigen Exportländern, wie Frankreich, Jugoslawien, Rumänien, wird gleichfalls mit guten Ernten gerechnet.

Die bei Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres geplante Ausfuhrmenge wird voraussichtlich nicht erreicht werden. Die Weizenausfuhr betrug bis Ende Mai zwar in Australien 2,1 Mill. t (Ausfuhrquote nach dem Internationalen Weizenabkommen 2,2 Mill. t), in Kanada 4,8 Mill. t (5,5 Mill. t), Frankreich 0,1 Mill. t (0,1 Mill. t), doch konnten die USA ihre Ausfuhrquote nur zum kleineren Teil ausnutzen (2,9 Mill. t von 6,4 Mill. t). Für Ende Juni kann hier mit einem Überhang von 12 Mill. t gerechnet werden. - Dem Beitritt Westdeutschlands zum Internationalen Weizenabkommen folgten Spanien und Indonesien. Das Beitritts-gesuch Japans wurde bisher abgelehnt.

Da weiterhin mit Subventionierung des amerikanischen Weizenpreises zu rechnen sein wird und ein Überhang von 12 Mill. t schon in Anbetracht der weltpolitischen Lage keineswegs als bedenklich gilt, ist vorerst eine feste Preistendenz wahrscheinlich. Eine

Lieferung von 600 000 t australischem Weizen wurde allerdings bereits mit 8 cts unter dem IWA-Preis abgeschlossen. Kanadische Lieferungen erfolgten in den letzten Wochen ebenfalls zum Teil unter IWA-Preis. Außerdem steht die UdSSR im Begriff, mehr Getreide als bisher nach Westeuropa zu liefern. Da der Zuschußbedarf der Einfuhrländer abnimmt, kann mit rückläufigem Getreideexport der USA und geringerem Einfluß der Preispolitik der USA auf den Weltgetreidemarkt gerechnet werden.

Die Entwicklung der F u t t e r g e t r e i d e m ä r k t e erhält in den letzten Monaten durch die ungünstigen Ernteaussichten Argentiniens für M a i s ihr entscheidendes Gepräge. Argentinien wird voraussichtlich in diesem Jahr keinen nennenswerten Ausfuhrüberschuß an Mais zur Verfügung stellen können.

Obwohl die Welterzeugung an F e t t e n heute bereits mit annähernd 1,2 Mill. t über dem Vorkriegsstand liegt, ist immer noch keine ausreichende Bedarfsdeckung möglich. Dies hängt teils mit der starken Zunahme der Nachfrage in früheren Überschußgebieten, teils auch mit den gestörten Austauschbeziehungen zwischen Dollar- und Weichwährungsländern zusammen. Das Fettangebot des Dollarraums hat erheblich zugenommen, während die Produktion an Fetten in den Weichwährungsländern stagniert und dabei zum Teil noch erheblich unter dem Vorkriegsstand liegt. Der Dollarraum verfügt heute über einen Fettüberschuß von 1,5 Mill. t, die übrige Welt hingegen über einen Fehlbetrag von 3,5 Mill. t.

Die Preisentwicklung ist Spiegelbild dieser unausgeglichene Versorgung. Auch in den letzten Monaten zeigten darum Schmalz, Baumwollsaatöl und Sojaöl in den USA zunächst eine nachgiebige Preistendenz. Wegen geringerer Ernterwartungen stiegen die Preise für Baumwollsaatöl zwar vorübergehend an, ohne daß hiervon nachhaltige Wirkungen auf die anderen Preise ausgingen. Da der Schmalz-anfall 1949/50 insgesamt noch um 10 v.H. über dem Vorjahrsstand liegen wird, konnte bisher mit weiterem Angebotsdruck auf das Preisniveau für Fette des Dollarraums gerechnet werden. Dennoch hatte die durch den Koreakonflikt ausgelöste politische Spannung erhebliche Preissteigerungen zur Folge.

Der wegen ihres Dollarmangels stärkeren Nachfrage der Weichwährungsländer nach Fetten des Sterlinggebiets wurden die Produktionsländer nur bei sehr festen Preisen gerecht. Argentinien konnte die günstigen Möglichkeiten für seinen Absatz an Leinöl und tierischen Fetten vorteilhaft ausnutzen.

Die Hausse für K a f f e e - sie ist eine Folge der Anbau-restriktionen in wichtigen Produktionsländern und des gestiegenen Kaffeebedarfs der USA - hielt auch 1950 weiter an. Mit grundsätzlicher Änderung der Versorgungslage kann erst gerechnet werden, wenn die gegenwärtigen Neuanpflanzungen zum Tragen kommen. Das spekulative Moment dürfte bei der Entwicklung der Kaffeepreise in den letzten Monaten ebenfalls eine Rolle gespielt haben.

In der Weltversorgung mit T e e war es bisher nicht möglich, zwischen Angebot und Nachfrage ein stabiles Gleichgewicht zu erreichen. Indonesien, Japan und Formosa, früher ausschlaggebende Überschußproduzenten, stellen bisher nur einen Bruchteil der früheren Mengen zur Verfügung und stehen zudem im Brennpunkt der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung. Die Produktion der anderen Länder steigt aber weiter an. Eine allmähliche Anpassung an den Bedarf ist angesichts der gegenwärtigen Ernteaussichten zu erwarten.

Auch die Versorgung mit K a k a o genügt noch nicht dem gewachsenen Weltbedarf. Die neue Kakaoernte liegt unter dem Vorjahresergebnis. Die Vorräte haben einen sehr niedrigen Stand erreicht. Die Kakaopreise liegen infolgedessen fest.

Die Z u c k e r gewinnung der Welt wird dieses Jahr noch über dem Rekordergebnis des Vorjahres liegen. Der in den letzten Jahren forcierten Gewinnung in den Dollarländern wird in diesem Jahr auch in den europäischen Ländern eine erheblich gesteigerte Produktion gegenüberstehen, so daß bisher Absatzschwierigkeiten in den Dollarländern wahrscheinlich waren. Auch hier scheint die jüngste Entwicklung der politischen Lage die Neigung der Verbrauchsländer, größere Vorräte anzulegen, verstärkt zu haben. Die Preise haben ebenfalls angezogen.

Die Welt k o h l e n förderung nähert sich seit März wieder den 1948 und 1949 erzielten bisherigen Höchstleistungen. Die Ver-

sorgungslage ist durch erhebliche, zum Teil unverkäufliche Überschüsse in den meisten Exportländern gekennzeichnet.

Frankreich einschl. Saar erwartet im zweiten Vierteljahr 1950 einen Exportüberschuß von 1,4 Mill. t, Belgien von 1,8 Mill. t. In Westdeutschland hat sich das Anwachsen der Haldenbestände in letzter Zeit erheblich verlangsamt.

In Großbritannien geht der Inlandsbedarf über die verfügbaren Mengen hinaus. Die Vorräte erreichten im Mai ihren seit 1947 niedrigsten Stand. Der Verbrauch an Hausbrandkohle liegt beispielsweise immer noch um ein Drittel unter dem Vorkriegsstand. Dabei geht der Arbeitseinsatz im britischen Kohlenbergbau weiter zurück.

Der durch den Bergarbeiterstreik in den USA in den ersten Monaten des Jahres entstandene Förderausfall von annähernd 50 Mill. t wurde sehr rasch wieder aufgeholt. Die stürmische Nachfrage ermöglichte eine Abwälzung der höheren Lohnkosten auf die Verbraucher.

Amerikanische Kohlenlieferungen spielen in der Kohlenversorgung Europas keine Rolle mehr. Im ersten Vierteljahr 1950 erhielt Europa nur noch 118 000 t aus den USA (1948: 16 Mill. t, 1949: 9 Mill. t). Ende 1950 sollen auch die Zuteilungen durch die Kohlenkommission der ECA aufhören.

Ganz offenbar findet die gegenwärtige Überschußsituation in der den Marktverhältnissen nicht angemessenen Preispolitik ihre Erklärung. Bisher wurde der überhöhte Kohlenpreis - er ist nach dem mit hohen Transportkosten belasteten amerikanischen Kohlenpreis orientiert - von den Exportländern trotz völlig gewandelter Versorgungslage gehalten. Lediglich Westdeutschland mußte eine Korrektur seines Exportpreises vornehmen. Ohne Zweifel würde ein freier Kohlenpreis an Stelle des bisherigen politischen Preises den Kohlenverbrauch erheblich beeinflussen. Die sich im Schatten überhöhter Kohlenpreise anbahnende weitere Umstellung auf Öl könnte dadurch auf ein durch den technischen Fortschritt gerechtfertigtes Maß zurückgeführt werden.

Die Welt e r d ö l gewinnung, die 1949 seit langem erstmalig einen leichten Rückgang aufzuweisen hatte, nimmt seit einigen Monaten wieder zu. Allerdings hat eine nennenswerte Verlagerung der Produktion nach den außeramerikanischen Förderländern stattgefunden. Die Förderung der USA lag im März noch unter dem Stand des Vorjahres, der Verbrauch jedoch bei rückläufigen Vorräten

bereits darüber. Auf die Preise hatten die Nachfrageveränderungen bisher nur geringen Einfluß. Lediglich der Heizölpreis zog leicht an.

Mit weiterer nicht nur konjunktureller Zunahme des Bedarfs ist zu rechnen. Die Aufrechterhaltung der Treibstoffrationierung erwies sich daher auch in Großbritannien als unmöglich. Sie wurde im Mai aufgehoben.

Die Weltlage in S t a h l stand in den letzten Monaten eindeutig unter dem Einfluß des amerikanischen "boom". Der amerikanische Bergarbeiterstreik minderte zwar bei Jahresbeginn die Stahlproduktion. Durch den relativ geringen Produktionsausfall wurde in den darauffolgenden Monaten die Produktion aber noch mehr forciert. Sie erzielte Rekordergebnisse und liegt nunmehr fortlaufend über der theoretischen Kapazität. Dem wachsenden Bedarf vermögen die Stahlwerke dennoch nur bei Heraufsetzung der Lieferfristen gerecht zu werden. Der Schrottpreis spiegelt die stürmische Entwicklung in besonderem Maße wider. Er entspricht gegenwärtig wieder ungefähr dem im Januar 1949 erreichten Nachkriegshöchststand. Umfangreiche Schrottkäufe auf den europäischen Schrottmärkten erwiesen sich als erforderlich.

In Großbritannien hat sich hingegen mit fortschreitender Vollendung des Modernisierungs- und Erweiterungsprogramms der Stahlindustrie die Stahlversorgungslage entspannt. Bei fortlaufend steigender Produktion und langsam zunehmenden Vorräten konnte die Stahlbewirtschaftung größtenteils aufgehoben werden.

Auf dem Kontinent war die Entwicklung unterschiedlich, doch machten sich gelegentlich bereits anregende Wirkungen des amerikanischen Stahlbooms bemerkbar. Besonderen Anteil hieran hatte die Stahlindustrie Belgiens, deren Produktion allerdings dennoch immer noch weit unter ihren bisherigen Nachkriegshöchstleistungen liegt, und neuerdings auch die westdeutsche Stahlerzeugung, die sich in dem durch die politische Produktionsbegrenzung gegebenen Rahmen bewegt. Frankreichs Produktion stagniert. - Die Konkurrenz auf den Absatzmärkten verschärfte sich. Umstrittene Absatzmärkte (Schweiz) kamen in den Genuß von Preisherabsetzungen.

Auch die N E - M e t a l l märkte erwiesen sich in den letzten Monaten als in entscheidendem Maße von der Entwicklung der industriellen Produktion in den USA abhängig. Die fortgesetzt steigende Automobilproduktion, die günstige Baukonjunktur und neuerdings die Rüstungskonjunktur zogen einen scharfen Bedarfsan-

stieg für NE-Metalle nach sich. Die Einkaufspolitik der amerikanischen Regierung beim weiteren Ausbau der strategischen Rohstoffreserve war gleichfalls für die Entwicklung der NE-Metallmärkte von besonderer Bedeutung.

Der etwas uneinheitlichen Entwicklung in den ersten Monaten des laufenden Jahres - sie war durch Auswirkungen des Bergarbeiterstreiks in den USA bedingt - folgte in den letzten Monaten besonders hinsichtlich Kupfer und Zinn eine starke Zunahme der Nachfrage mit entsprechendem Preisanstieg. Mit steigender Preistendenz kann vorerst gerechnet werden. Die Kupferproduktion kommt der steigenden Nachfrage allerdings in wachsendem Maße nach. Sie nähert sich in den USA bereits wieder den nach dem Kriege erzielten bisherigen Höchstleistungen. Auch in Rhodesien nimmt die Kupfergewinnung laufend zu. Die Zinkproduktion der USA kommt ebenfalls den bisher erzielten Nachkriegshöchstleistungen sehr nahe. Dennoch entspricht auch sie vorerst nicht dem Bedarf.

Der Bleimarkt zeigt eine etwas ruhigere Entwicklung. Nach anfänglichem Rückgang in den ersten Monaten des Jahres 1950 haben sich die Preise inzwischen wieder kräftig erholt. Das europäische Bleiangebot ist ausreichend, wenn auch immer noch großes Interesse daran besteht, das verfügbare Blei gegen Dollar abzusetzen. Die britische Regierung konnte auf Grund der reichlicheren Versorgungslage die Bleibewirtschaftung aufheben. Auch die amerikanische Versorgungslage hat sich in letzter Zeit gebessert.

Nach Wiederherstellung der während des Krieges stark zerstörten Grubenanlagen in den wichtigen Produktionsgebieten Malayas und Indonesiens hat sich die Angebotslage für Zinn weitgehend entspannt. Der Weltbedarf an Zinn ist erheblich kleiner als die mütmaßlich bis 1952 zu erwartende Jahresproduktion von rund 200 000 t. Indessen geben Vorratskäufe der amerikanischen Regierung - eine Verdreifachung der strategischen Zinnreserve (bisher 90 000 t) wird diskutiert - dem Zinnmarkt gegenwärtig das entscheidende Gepräge. Sie haben die Wirkungen des zunehmenden Weißblechbedarfs der amerikanischen Wirtschaft auf den Zinnpreis noch verstärkt.

Die allgemeine günstige wirtschaftliche Entwicklung in den USA, die Anbaubeschränkungen mit daran geknüpften Erwartungen auf eine Verknappung des Angebots, der Mangel an langstapeligen Sorten, ECA-Dispositionen sowie weitere Stützungskäufe der amerikanischen Regierung haben auf den amerikanischen Baumwollmärkten die Marktpreise über die angestrebten Stützungspreise hinaus entwickelt.

Die Entwicklung auf den ägyptischen und indischen Baumwollmärkten weist zwar stärkere Schwankungen auf, bewegte sich aber in den letzten Monaten durchaus in den durch die amerikanischen Markttendenzen vorgezeichneten Bahnen.

Der Weltbaumwollverbrauch wird sich in dem zu Ende gehenden Baumwollwirtschaftsjahr 1949/50 voraussichtlich auf insgesamt 29 Mill. Ballen belaufen bei einer Ernte von 31 Mill. Ballen. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch scheint damit fast wieder hergestellt. Am 1.8.1950 werden mit hoher Wahrscheinlichkeit 17 Mill. Ballen als Überhang zur Verfügung stehen, die sich größtenteils in den USA befinden. Im kommenden Baumwolljahr kann infolge weiterer Anbaubeschränkungen in den USA, die durch Anbauerweiterungen in den anderen Anbaugebieten, vor allem in Indien, nur unzureichend kompensiert werden, mit einer etwas kleineren Baumwollernte als im Vorjahr gerechnet werden. Ob sich daraus eine Verknappung mit entsprechenden Auswirkungen auf die Preise entwickeln wird, hängt entscheidend von der weiteren amerikanischen Vorratspolitik ab.

Das gegenwärtige hohe Preisniveau für W o l l e ist eine Folge der unzureichenden Produktion. 90 v.H. der Wollerzeugung der laufenden Saison waren Ende Mai bereits verkauft. Dabei war in diesem Jahr noch ein Rückgriff auf in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren angesammelte Bestände möglich. Nunmehr sind sie aber weitgehend erschöpft. Die Vorräte der UK-Dominion Wools Disposals Ltd. sind allein von 10,5 Mill. Ballen bei Kriegsende auf 0,5 Mill. Ballen zurückgegangen, wobei es sich nur noch um Spezialsorten handelt. Auch in den USA sind die Vorräte, die im Laufe der Preisstützungsaktionen angesammelt wurden, nahezu gänzlich aufgebraucht. Künftig wird die Weltwollversorgung nur noch aus der laufenden Produktion möglich sein.

Die Produktion an Wolle ist immer noch kleiner als der Vorkriegsdurchschnitt von 1934/38, der Verbrauch dagegen um rund 20 v.H. größer. Der Wiederaufbau der Schafbestände macht Fortschritte, ist jedoch langfristiger Natur. Der Ausgleich zwischen dem unzureichenden Angebot und der steigenden Nachfrage ist vorläufig nur durch hohe Preise möglich. Die gegenwärtigen Wollpreise liegen in US-Dollar zwar noch unter dem Nachkriegshöchststand von 1948. Besonders die hochwertigen Sorten tendieren aber weiter nach oben. Die Sterlingpreise für Spitzensorten verdoppelten sich beispielsweise im Zeitraum Juni 1949 / Mai 1950.

Die künftige Entwicklung des Weltwollmarktes ist entscheidend von der Nachfrage in den USA abhängig, mit deren weiterem Anstieg angesichts der konjunkturellen Entwicklung in den letzten Monaten gerechnet werden muß.

Von den Kunstfasern ist vorläufig keine ausreichende Entlastung der Weltwollbilanz zu erwarten. Auch ihre Produktion kann nur in längeren Zeiträumen ausgedehnt werden und ist an erhebliche Kapitalinvestitionen gebunden. Der Ausbau der Kunstfaserkapazitäten macht jedoch - begünstigt durch die hohen Preise für Naturfasern - auch auf dem Gebiet der vollsynthetischen Fasern weitere Fortschritte. Während die Preise für Naturfasern weiter steigen, konnten die Preise für vollsynthetische Fasern in wichtigen Ländern herabgesetzt werden.

Die Gründe für die ungewöhnliche Kautschuk hausse der letzten Monate waren der bei steigender Industrieproduktion zunehmende Bedarf der USA, umfangreiche Vorratskäufe vor allem der amerikanischen Regierung sowie das unzureichende Angebot auf den südostasiatischen Stapelplätzen, obwohl die Produktion an Kautschuk im Juni 1950 einen neuen Höchststand erreichte.

In Indonesien wurden zudem bedeutende Kautschukmengen wegen der unsicheren Währungsverhältnisse zurückgehalten. Streiks und Unruhen hatten Lieferverzögerungen zur Folge. Die erhöhte Nachfrage der UdSSR wirkte gleichfalls preissteigernd. Rein spekulative Momente spielten ebenfalls eine bedeutende Rolle. Die Wiederinbetriebnahme weiterer Fabriken für synthetischen Kautschuk in den USA hatte bisher auf den Kautschukpreis keinen fühlbaren Einfluß. Er liegt nunmehr höher als zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Kriege.